

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Verkaufspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle, Charlottenburg: Brabeckstr. 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 2

Berlin, den 11. Januar 1930

5. Jahrgang

## Her mit Beschäftigung für die Arbeitslosen!

Wie eine Volkspeste greift die Arbeitslosigkeit in Deutschland um sich. Hunderttausende von Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten fallen ihr wöchentlich zum Opfer. Ueber eineinhalb Millionen sind es schon im ganzen, jede Woche schwillt die Zahl weiter an, und noch ist nicht abzusehen, wann ein Stillstand eintreten wird. Einen erheblichen Prozentsatz zu diesem Heer stellen arbeitslos auch die Branchen des Keramischen Bundes und besonders die Branche Grobkeramik, Baustoffe, deren Arbeitslosigkeit im November bereits auf 27,8 Proz. stand. Inzwischen ist sicher eine weitere Steigerung eingetreten, so daß unsere Kollegen und Kolleginnen der Grobkeramik wieder besonders stark von den Mängeln der kapitalistischen Wirtschaft am eigenen Leibe getroffen werden. Aber auch die Branchen Porzellan und Glas haben hohe Arbeitslosigkeitsziffern aufzuweisen, die noch dadurch sich besonders hart auswirken, weil sie vielfach eine Dauererscheinung ausdrücken, also gar nicht saisonmäßig bedingt sind. Die in der Glas- oder Porzellanindustrie arbeitslos Gewordenen haben kaum mehr Aussicht, im Beruf jemals wieder unterzukommen, weil die sie entlassenden Betriebe meist für immer ihre Pforten schließen. Arbeitslosigkeit für zeitweilig ist nun vielfach das voraussetzliche Schicksal unserer noch leistungsfähigen älteren Kollegen der Glas- und Porzellanindustrie, die doch heute noch lieber als morgen wieder Arbeit haben möchten. Das ist außerordentlich beauerndwert.

Diese Zustände haben wir nicht einer sozialistischen Mißwirtschaft zu danken, wie eine Anzahl bürgerlicher Zeitungen und Unternehmerblätter demagogisch behaupten, sondern der versagenden kapitalistischen Wirtschaft, die noch von rückständigen Kapitalisten geleitet wird. Wer von denen ernste Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft erwartet, wird enttäuscht werden; denn noch greift die Arbeitslosigkeit mit ihren schweren volkswirtschaftlichen Schäden weiter um sich, und noch werden immer größere Massen wertvoller Arbeitskräfte ungenutzt zur Seite gestellt. Dieser Mißstand bedeutet den Verlust von sehr viel Arbeitsstunden, von dringend notwendiger Kaufkraft und von notwendigem Volkseinkommen sowie hohen wirtschaftlichen Werten auf der einen und eine schwere soziale Belastung auf der anderen Seite. Dadurch entsteht doppelter Verlust für das Volk, den Staat und die Wirtschaft. Der so entstehende Schaden läßt sich in keiner Weise zahlenmäßig erfassen, aber einige Ziffern müssen doch bei dieser Betrachtung aufgeführt werden, damit man ungefähr einen Begriff bekommt, um welche bedeutende Summen es geht. Bei einer Million Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt gehen rund 300 Millionen Arbeitstage verloren. Da zur Beschäftigung einer Arbeitskraft im Jahresdurchschnitt für 5000 RM Aufträge Allgemein notwendig sind, so entsteht bei der genannten Arbeitslosenzahl ein Verlust von 5 Milliarden Reichsmark. (Andere Stellen schätzen den Verlust auf etwas über 3 Milliarden.) Außerdem müssen noch die nahe an eine Milliarde kommenden Summen für soziale Auswendungen infolge der Arbeitslosigkeit hinzugerechnet werden, so daß also allein ein volkswirtschaftlicher Schaden von 6 Milliarden Reichsmark nur für die Arbeitslosigkeit angenommen werden kann. Dazu kommen noch eine Anzahl andere Lasten, die als volkswirtschaftliche Verluste angesehen werden müssen, weil die dazu notwendigen Gelder nicht zu produktiven Zwecken verwandt werden können und ein Teil Arbeitslosenlasten von anderen sozialen Versicherungen, vom Reich, von Ländern und Gemeinden mitgetragen werden müssen. Die so entstehenden Nachteile der kapitalistischen Wirtschaft sind also außerordentlich groß, und die schlimmen Folgen machen sich auch deshalb so schwerföhl für das arbeitende Volk bemerkbar. Es wird demnach höchste Zeit, daß sie beseitigt werden.

Neben den bereits erwähnten Nachteilen dieser von den Besitzenden so gepriesenen Wirtschaftsordnung gibt es noch andere, wie z. B. die ungenügende Ausnutzung des Produktionsapparats, die mangelhafte Rentabilität, Subventionsnotwendigkeiten durch den Staat, Verteuerung der staatlichen, kommunalen und sozialen Verwaltung und letzten Endes höhere Preise für die Lebensbedürfnisse der Menschen, denn es wird ja teurer produziert. So offensichtlich die Mängel der so nachteilig wirkenden kapitalistischen Wirtschaft sind, so deutlich sie sich erkennen lassen, so wenig tragen aber auch die für sie verantwortlichen Wirtschaftsführer und die hinter ihnen stehenden Besitzenden Preise dazu bei, die Dinge zu ändern. Sie machen wohl Vorschläge, die Unterstühtungssummen für die Arbeitslosigkeit zu mindern, aber das trägt doch nicht zu deren Einschränkung bei. Die Arbeitslosigkeit ist nicht mittels Einstellung der Unterstühtung aus der Welt zu schaffen, sie vielmehr durch alle möglichen Volksrichtungen glauben. Ernstliche Menschen auch im Unternehmertum wissen das auch, aber sie getrauen sich nicht, das Wirtschaftsübel Arbeitslosigkeit beseitigen zu helfen. Gerade die letzten Wochen, in denen das Industrie- und Handelskapital seine Forderungen zur Finanz- und Steuerreform stellte und bekanntgab, haben wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß es im Unternehmertum in wirtschaftlichen Dingen nur auf die Steigerung ihres Profits und weniger auf das geregelte Funktionieren der Wirtschaft zum Wohle des Volkes ankommt. An der Eindämmung bzw. allmählichen Beseitigung der Arbeitslosigkeit haben die Kapitalisten nur wenig Interesse, im Gegenteil, sie wollen

ihr hauptsächlich von der Unterstühtungsseite her heikommen und das Problem von der verkehrten Seite aus zur Lösung bringen.

Im Gegensatz zu den Unternehmern muß die Arbeiterschaft darauf dringen, daß die Arbeitslosigkeit gemindert und eingedämmt wird. Das kann mit in erster Linie durch Förderung des Wohnungsbauwes geschehen. Die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften haben wieder besonders durch eine Eingabe am 21. Dezember 1929 an den Reichsarbeitsminister darauf verwiesen und auf die Möglichkeiten aufmerksam gemacht. In dieser Nummer veröffentlichten wir den Wortlaut der Eingabe unter der Ueberschrift „Förderung der Bauwirtschaft“, damit sie auch unserer Kollegenschaft bekannt wird. Das Vorgehen der Spitzenverbände kann nur begrüßt werden.

Von den anderen Möglichkeiten, Arbeitslosen Stellen freizumachen, erwähnen wir noch Verlängerung der Arbeitszeit um ein Jahr, Verkürzung der Arbeitszeit, Vermeidung jeglicher Ueberstunden und dafür Einführung von Doppelschichten, Einschränkung der Zahl der Doppelverdiener, Verminderung der Doppelexistenzen, Nichtbeschäftigung von Ausländern und von Personen, die eine ausländische Rente beziehen und nebenbei noch bezahlte Arbeit leisten und Meldung aller freien Stellen an die Arbeitsämter. Wenn die Unternehmer den Willen hätten, in dieser Richtung mit den staatlichen Stellen und der organisierten Arbeiterschaft zusammenzuarbeiten, könnte die Zahl der Arbeitslosen um einige Hunderttausend gesenkt werden, ohne daß dadurch anderswo neues Elend in Erscheinung treten würde.

Notzustände erfordern Notmaßnahmen. Die Arbeitslosigkeit ist ein derartiger Notzustand, der durch die fortschreitende Rationalisierung noch vergrößert wird. Nicht nur die Regierungen und die organisierte Arbeiterschaft haben die Pflicht, auf eine Besserung des Arbeitsmarktes hinzuwirken, sondern auch das Unternehmertum; denn fast zwei Millionen arbeitsfähige Menschen brauchen eine Arbeitsstelle zu ihrer menschenwürdigen Existenz, Hunderttausende von Familien Einkommen und Lebensrückhalt. Wenn die kapitalistische Wirtschaft diese Kraft dazu nicht mehr aufzubringen vermag, ist sie reif dazu, von einer besseren, von der sozialistischen, abgelöst zu werden. Das kapitalistische Wirtschaftssystem erforderte ungeheuer große Opfer von der Arbeiterschaft, jetzt ist es genug, deshalb ist der Ruf nach Abänderung dieser Zustände, ausgestoßen von der organisierten Arbeiterschaft, berechtigt.

Für die Arbeitslosen fordern wir Arbeitsplätze und Beschäftigung aus volkswirtschaftlichen und menschlichen Gründen. Fast zwei Millionen Menschen, junge und ältere, sind es, die ein Recht darauf haben, daß ihnen geholfen wird, Millionen kommen noch als Familienangehörige hinzu, die nicht minder darunter zu leiden haben und der Hilfe bedürftig. Diese Zustände können unmöglich noch mehrere Jahre ertragen werden und erheischen dringend baldige Maßnahmen aller Stellen, die eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit herbeiführen können.

Die Arbeitslosigkeit zu beheben, ist das dringendste Problem unserer Zeit. Möge das nicht übersehen werden. Das ist die Meinung der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen im Organisationsbereich des Keramischen Bundes

## Förderung der Bauwirtschaft.

Am 20. Dezember 1929 haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund sich mit folgender Denkschrift an den Reichsarbeitsminister gewandt:

Das deutsche Volk leidet seit mehr als einem Jahrzehnt unter dem Druck verärschter Wohnungsnot. Zurzeit beläuft sich der Fehlbestand an Wohnungen auf mehr als eine Million. Zwar sind in den letzten Jahren erfolgreiche Anläufe zur Verringerung dieses Defizits zu verzeichnen. Aber das Absinken der Konjunktur, die Verringerung des ausländischen Kapitalzuflusses sowie die augenblicklichen Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Körperschaften drohen den Umfang des Wohnungsneubaus wieder empfindlich einzuschränken.

Diese Tatsachen beeinträchtigen auch den Bau industrieller Anlagen.

Die Anspannung der öffentlichen Finanzen führt schließlich zur Verminderung der Bauaufträge von Behörden. Das Sparprogramm des Deutschen Städtetages, dem sich der Reichsstädtebund angeschlossen hat, läßt die Gefahren erkennen, die dem Baumarkt im nächsten Jahre auch von hier aus drohen.

Die Abschwächung, die bereits in diesem Jahre im Vergleich zum Vorjahr stattgefunden hat, ist unverkennbar. Sie drückt sich am deutlichsten im Beschäftigungsgrad der Bauarbeiter aus. In keinem einzigen Monat des laufenden Jahres hat die Beschäftigung der Bauarbeiter den Stand des Vorjahres auch nur annähernd erreicht; in den letzten Monaten ist die Arbeitslosigkeit bis fast auf das Doppelte des Vorjahres gestiegen.

Die Bauindustrie ist ein Grundpfeiler der Gesamtwirtschaft. Nach der Statistik der Berufsgruppenstatistik zählte sie im Jahre 1928 mehr als 2 Millionen Beschäftigte. Ihre Jahresleistung wird auf 9 Milliarden Reichsmark veranschlagt. Nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung beruhte die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber den Abschwächungstendenzen der letzten Zeit außer auf der günstigen Gestaltung der Ausfuhr nur auf der günstigen Verfassung des Baumarcktes. Jede Einschränkung der Bautätigkeit muß sich also in der gesamten Wirtschaft besonders schwer fühlbar machen. Daraus ergibt sich, daß die Bautätigkeit mit allen Mitteln gefördert werden muß.

Die Aussichten des Baumarcktes im nächsten Jahre sind infolge der Schwierigkeiten, die der Beschaffung langfristigen Baukapitals entgegenstehen, sehr trübe. Diese Schwierigkeiten bestehen zwar schon seit einiger Zeit, sind aber bisher noch nicht voll zur Auswirkung gelangt. Die Bautätigkeit konnte in diesem Jahre noch auf einem verhältnismäßig günstigen Stande gehalten werden, weil ihre Finanzierung z. T. auf Zusagen beruhte, die aus dem Vorjahre und den Anfangsmonaten dieses Jahres stammten. Der Anfall, der seit einigen Monaten in dem Einlagenzuwachs bei den Sparkassen und in dem Eingang neuer Mittel bei den Realreditinstituten eingetreten ist, wird erst in Zukunft voll zur Auswirkung kommen. Auch bei den Landesversicherungsanstalten wird sich die Schwierigkeit, Neuausleihungen in dem gewohnten Ausmaß vorzunehmen, erst im kommenden Jahre voll bemerkbar machen. Im laufenden Jahre konnten sie trotz der ihnen vom Reich ausgedienten 164-Millionen-Anleihe die Bautätigkeit noch recht gut fördern, weil die im Vorjahre zugekauften Beträge zum großen Teil erst in diesem Jahre in An-

spruch genommen wurden. Der Rückgang der Bautätigkeit droht also viel schroffer zu werden, als aus dem bloßen Vergleich der für die Bautätigkeit maßgebenden Zahlen anzunehmen ist.

Wir haben unsere Forderungen zur Bau- und Wohnungswirtschaft in programmatischen Richtlinien wiederholt dargelegt. Es sei auf unsere Denkschriften vom November 1928 und Januar 1928 verwiesen.

Die bedrohliche Lage des gesamten Baumarcktes zwingt uns aber, darüber hinaus Vorschläge zu machen, die uns geeignet erscheinen, die für das nächste Jahr zu erwartende weitere Zuspitzung der Verhältnisse zu verhüten.

I.

Die Bautätigkeit wird gegenwärtig besonders durch die Schwierigkeit bei der Beschaffung von ersten Hypotheken gehemmt.

Alle für die Vergabe von ersten Hypotheken in Betracht kommenden Institute sollten daher angehalten werden, ihr Hauptaugenmerk auf die Bereitstellung von Baukapital zu richten. Im einzelnen machen wir folgende Vorschläge:

1. a) Die Norm für Hypothekenausleihungen der Sparkassen beträgt zurzeit 40 v. H. des Sparanlagenbestandes. Diese Norm ist bereits im Vorjahre überschritten worden, ohne daß die Liquidität der Sparkassen beeinträchtigt worden wäre. Die Ausleihungsgrenze kann daher ohne weiteres erhöht werden.
- b) Solange die angespannte Situation auf dem Baumarkt anhält, sollen die Sparkassen einen noch größeren Teil ihres Einlagenzuwachses für den Neubau von Wohnungen verwenden.
- c) Die Sparkassen, die in ihrem eigenen Bezirk nicht genügende Anlagemöglichkeiten im vorerwähnten Sinne haben, sollten ihre überschüssigen Mittel durch Vermittlung der Girozentralen an Orten mit besonders großem Hypothekenbedarf zur Verfügung stellen.
2. a) Eine stärkere Veranziehung einzelner Sozialversicherungsanstalten zur Finanzierung des Wohnungsbaues erscheint möglich. Bei der besonders schwierigen Lage des Baumarcktes sollten die Ueberlässe im kommenden Jahre weitestgehend im Wohnungsban investiert werden.
- b) Es ist bedauerlich, daß das Reich der Invalidenversicherung im Rechnungsjahr 1929 die ihr zukommenden Zuschüsse z. T. in schwer veräußerlichen Schuldzinsen geleistet hat. Gegen eine Wiederholung dieses Vorgehens müßten wir entschieden Verwahrung einlegen.
3. a) Die Privatversicherungsanstalten, auch diejenigen des öffentlichen Rechts, müssen zur Finanzierung des Wohnungsbaues verpflichtet werden. In Anlehnung an die Denkschrift des RM-Bundes zur Reform des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen fordern wir vom Reichsaufsichtsamte für Privatversicherungen den Erlass von Vorschriften, die eine Verpflichtung zur Finanzierung des Wohnungsbaues durch Vermehrung der Anlagen in ersten Hypotheken und Pfandbriefen bis zu einer bestimmten Grenze auferlegen.
- b) Um diesen Anstalten eine gewisse Flexibilität der Anlagemöglichkeiten zu gewähren, ist dabei auf die Förderung des ländlichen Wohnungsbaues und der industriellen Umstellung hinzuwirken.

II.

Die Wohnungsbautätigkeit leidet auch in hohem Maße an der Unsicherheit der Baufinanzierung durch die öffentlichen

# Das Verfahren in der Arbeitslosenversicherung.

In Nr. 31 des „Arbeitslosen-Bund“ brachten wir einen Artikel unter der Überschrift: „Was muß der Arbeitslose beachten, um sich vor Schäden zu bewahren“. Dieser Artikel ist geschrieben von einem Kollegen, der sich vorwiegend mit Fragen des Sozialrechts beschäftigt, aber trotzdem noch nicht die nötige Erfahrung besitzt. Ihm sind Fehler unterlaufen, die sich nachteilig auswirken können. Um das zu verhindern, hat der Kollege Milewicz aus unserer Rechtsabteilung die nachfolgenden Darlegungen geschrieben:

Recht oft erleiden die Arbeitnehmer infolge Nichtbeachtung oder Unkenntnis der Verfahrensvorschriften auf dem arbeitsrechtlichen Gebiet empfindliche wirtschaftliche Nachteile.

Dasselbe ist in erheblichem Maße auch bei der Verfolgung der Rechtsansprüche aus der Arbeitslosenversicherung der Fall. Der auf Arbeitslosenunterstützung reflektierende Arbeitslose stellt den Antrag auf Unterstützung bei demjenigen Arbeitsamt, in dessen Bezirk er am Zeitpunkt seiner Arbeitslosmeldung seinen Wohnort hat. (§ 168 WVG.)

Hat der Arbeitslose seinen Wohnort oder hatte er auf Grund seiner Verunstaltung nicht die Möglichkeit, sich an seinem Wohnort aufzuhalten, dann ist das Arbeitsamt zuständig, in dessen Bezirk er sich bei der Arbeitslosmeldung aufhält; allerdings nur solange, als er sich nicht an seinen Wohnort zurückbezieht.

Arbeitslose, die sich durch ihre Beschäftigung in einem Teile des Jahres an einem anderen Orte aufhalten müssen (z. B. Kampagnenarbeiter, können diesen Ort nicht als Wohnort angeben.

Besteht darüber Streit, welches Arbeitsamt zuständig ist, und liegen die strittigen Arbeitsämter in dem Bezirk des gleichen Landesarbeitsamtes, dann entscheidet über den Streit dessen Vorsitzender endgültig.

Gehört die betreffenden Arbeitsämter dagegen nicht dem Bezirk des gleichen Landesarbeitsamtes an, dann entscheidet der Präsident der Reichsanstalt ebenfalls endgültig.

Das über den Unterstützungsantrag entscheidende Arbeitsamt kann gemäß § 171 WVG. Ermittlungen jeder Art (eidliche Vernehmungen sind ausgeschlossen) anstellen.

Um festzustellen, ob der Antragsteller Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, insbesondere im Sinne des § 87, Z. 1 WVG. hat, kann das Arbeitsamt ihn ärztlich untersuchen lassen.

Bei den Ermittlungen haben alle Behörden, Versicherungsträger (Stranenfällen) und Privatpersonen dem Arbeitsamt die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Nach der neuen Fassung des Gesetzes sind Beauftragte des Arbeitsamtes berechtigt, die Wohnung desjenigen zu betreten, der die Arbeitslosenunterstützung bezieht oder beantragt hat, wenn das Arbeitsamt dieses zur Feststellung, ob die Voraussetzungen der Unterstützung vorliegen, für erforderlich hält.

Ueber den Antrag auf Arbeitslosenunterstützung entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsamtes.

Durch ein schwebendes Verfahren vor dem Arbeitsgericht darüber, ob der Arbeitslose seine Arbeitsstelle ohne wichtigen oder ohne berechtigten Grund verlassen hat oder auch durch ein Verhalten, das zur freiwilligen Entlassung berechtigt, verloren hat, wird die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamtes nicht aufgehoben.

Eine solche Entscheidung des Vorsitzenden wird rechtskräftig, wenn gegen sie kein Einspruch erhoben wird.

Haben aber die Arbeitsgerichtsbehörde oder ein auf Grund des § 91 des Arbeitsgerichtsgesetzes vereinbartes Schiedsgericht in den oben erwähnten Fällen entschieden, so sind die Stellen, die über den Anspruch auf Unterstützung zu entscheiden haben, an die Auffassung dieser Instanzen gebunden. (§ 184 WVG.)

Gegen Entscheidungen des Vorsitzenden des Arbeitsamtes kann jeder, der an der Abänderung der Entscheidung berechtigtes Interesse hat (z. B. der Arbeitgeber des Arbeitslosen, der Vorsitzende, der Besitzer und der Antragsteller), beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes innerhalb zwei Wochen Einspruch einlegen. (§ 178 WVG.)

Die Einspruchsfrist beginnt mit der Bekanntgabe der Entscheidung.

Wird dem Arbeitslosen der Anspruch auf Unterstützung ganz oder teilweise abgelehnt oder entzogen, dann ist er in der Entscheidung über das Recht zur Erhebung des Einspruchs, sowie die Form und Frist, die dabei innezuhalten ist, zu belehren.

Da eine schriftliche Abfassung der Entscheidung des Vorsitzenden nicht vorgeschrieben ist, genügt es zum Inkaufsetzen der Einspruchsfrist, wenn sie dem Antragsteller mündlich unterbreitet wird.

Der Einspruch kann mündlich zu Protokoll gegeben oder schriftlich eingelegt werden.

Entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsamtes während des Verfahrens vor der Arbeitsgerichtsbehörde oder dem vereinbarten Schiedsgericht, so ist gegen seine Entscheidung der Einspruch erst dann gegeben, wenn die rechtskräftige Entscheidung der Arbeitsgerichtsbehörde oder des Schiedsgerichts vorliegt. In diesem Falle beginnt die Einspruchsfrist vom Tage der Zustellung der Entscheidung dieser Instanzen an zu laufen.

Während nach den alten Bestimmungen an gegen jede Entscheidung des Spruchauschusses betreffend Arbeitslosenunterstützung die Berufung an die Spruchkammer des Landesarbeitsamtes zulässig war, sieht die neue Bestimmung Einschränkungen vor.

In einer Frist von zwei Wochen ist gegen die Entscheidung des Spruchauschusses Berufung an die Spruchkammer des Landesarbeitsamtes nur dann zulässig, wenn der Spruchauschuß die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamtes abgeändert, oder sie zwar bestätigt aber nicht einstimmig bestätigt, oder sie zwar einstimmig bestätigt aber die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles mit Mehrheit zugelassen hat. (§ 180 WVG.)

Diese Vorschrift bedingt, daß, wenn der Spruchauschuß die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamtes bestätigt hat, der Vorsitzende des Spruchauschusses dem Arbeitslosen bei der Bekanntgabe der Entscheidung mitzuteilen hat, ob der Spruchauschuß seine Entscheidung einstimmig getroffen, und wenn ja, ob es gleichwohl die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles zugelassen hat.

Gegen Entscheidungen über Anträge auf Krisenunterstützung ist die Berufung an die Spruchkammer nur zulässig, wenn der Spruchauschuß seine Entscheidung nicht einstimmig getroffen hat. (§ 181 WVG.)

Die Berufung kann durch den Arbeitslosen oder Vorsitzenden oder jeden Teilnehmer im Spruchauschuß an die Spruchkammer des Landesarbeitsamtes eingelegt werden.

Nach einer gesetzlichen Vorschrift im Falle der §§ 180 und 181 WVG. eine Auslegung von grundsätzlicher Bedeutung gegeben werden, über die das Reichsversicherungsamt noch keine grundsätzliche Entscheidung seines Spruchsenats veröffentlicht hat, so kann die Spruchkammer die Sache unter Vorlegung ihrer Rechtsauffassung an den Spruchsenat des Reichsversicherungsamtes abgeben.

Will die Spruchkammer von einer bereits vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten grundsätzlichen Entscheidung abweichen, dann muß sie den Fall an den Spruchsenat abgeben.

Stimmt der Spruchsenat der Gesetzesauslegung, die die Spruchkammer ihrem Beschlusse zugrunde gelegt hat, zu, so hat er den Beschluß zu bestätigen.

Stimmt er dagegen nicht zu, so hat er seine rechtliche Beurteilung darzulegen und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Spruchkammer zurückzugeben.

Die Spruchkammer entscheidet in der Sache dann endgültig, sie hat dabei die rechtliche Beurteilung, die zur Aufhebung der Gesetzesauslegung der Spruchkammer führte, auch ihrer Entscheidung zugrunde zu legen. (§ 182 WVG.)

Es ist auf alle Fälle ratsam, daß sich die arbeitslosen Kollegen im gegebenen Falle umgehend mit der Organisationsleitung in Verbindung setzen, damit diese ihnen bei der Verfolgung ihrer Rechtsstreitigkeiten behilflich sein kann.

Joseph Milewicz.

Hand. Sie würde wesentlich gemildert, wenn die seit langem von uns erhobene Forderung nach Aufstellung eines langfristigen Bauprogramms durch geschicktes Weiterziehen der Hauszinssteuer gelöst würde.

Wir fordern deshalb:

- Die Hauszinssteuer oder eine etwa an ihre Stelle tretende Gebäudeversicherungsteuer muß für mindestens 10 Jahre niedriger gestellt werden.
- Aus der Hauszinssteuer (Gebäudeversicherungsteuer) müssen höhere Beträge als bisher dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.
- Die Erträge und Rückflüsse aus Hauszinssteuerhypotheken sind restlos dem Wohnungsbau zuzuführen. Eine Verwendung dieser Beträge für Verwaltungszwecke widerspricht dem Sinne der Steuer.

### III.

Die seit langem erhobenen Forderungen und die jetzt einsetzenden Bestrebungen der Reichsregierung, bei der Vergebung von Bauaufträgen der öffentlichen Hand saison- und konjunkturausgleichend zu wirken, sind für den Baumarkt von besonders großer Bedeutung. Diese Aufgabe der öffentlichen Hand wäre vielleicht erfolgreicher durchzuführen, wenn der Beginn des Hauszinsjahres der öffentlichen Körperschaften verlagert würde. Es ist deshalb in Erwägung zu ziehen, ob eine Versetzung auf den 1. Juli zweckmäßig wäre. Sie hätte zur Folge, daß die ersten Bauverträge für öffentliche Bauten in den Herbstmonaten zur Verfügung stehen, also in einem Zeitpunkt, in dem die Bauaktivität zurückzugehen pflegt. Das Ende des öffentlichen Baujahres würde dagegen in eine Zeit fallen, in der die sonstige Bauaktivität sich bereits belebt hat.

Die Verfolgung der vorstehenden Gesichtspunkte ist unserer Ansicht nach geeignet, den drohenden Rückgang der Bauaktivität im kommenden Frühjahr zu mildern.

Es muß jedenfalls mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der deutsche Kapitalmarkt, besonders bei der augenblicklich beengten finanziellen Lage der öffentlichen Körperschaften, zur Finanzierung der Bauvorhaben nicht ausreichen wird.

Deshalb legen wir nach wie vor den größten Nachdruck auf die Forderung, daß die Aufnahme von Auslandskrediten zur Ergänzung des inländischen Kapitalmarktes nicht erschwert, sondern im Gegenteil gefördert wird.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:  
Graßmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:  
Lujhauer.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund:  
Fallenberg.

## „Spekulationsverluste des Fabrikarbeiter-Hauptvorstandes.“

Wenn alle Aktien und sonstigen Wertpapiere so starken Schwankungen unterworfen wären wie die Parolen der Kommunistischen Partei, dann wäre es allerdings gefährlich, Geld in Wertpapieren anzulegen. Und wenn die Kurse der Wertpapiere keine stabilere Grundlage hätten als die kommunistische Partei (Verleumdung, Verhöhnung, Bestrafung), dann würden allerdings nur noch viel Papier kaufen.

Die „Note Jagur“ laboriert in ihrer Nr. 24 vom 24. Dezember 1929 immer noch an den Wirren des Fabrikarbeiterverbandes, weil sie ja doch vom Skandal ihr Leben fristen muß. Man höre einmal, welch einen hanebüchenden Unsinn die „Note Jagur“ ihren Lesern bieten kann und darf:

„Die Wirtstratte vom Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes begründete den Ankauf von Chemikalien u. a. damit, daß das Geld der Fabrikarbeiter „sicher angelegt“ werden solle. Jetzt stellt sich heraus, daß durch starke Kursverluste ungeheure Summen verlorengegangen sind. Durch Spekulationen, die der Verbandsvorstand als Aktienbesitzer wohl oder übel durchführen muß, ist außerdem ein Teil der mühselig zusammengetragenen Mitgliedsbeiträge in die Taschen von Spekulanten gewandert.“

Dieses „Zentralblatt“, das von Rosa Luxemburg keine Spur mehr aufweist, abgesehen vom Namen an der eisernen Stirn, erzählt im Ernst, wenn die Kurse eines Wertpapiers sinken, müssen Verluste eintreten. Rosa Luxemburg hätte diesen Stamper, der so etwas schreibt, ob seiner Unwissenheit mit Verachtung behandelt. Um feststellen zu können, ob jemand Verluste erlitten hat, muß man mindestens wissen, bei welchem Kursstand er die Papiere gekauft hat. Habe ich sie zu pari gekauft und sie steigen aus irgendeinem Grunde auf 200 oder 600, so interessiert das nur den Spekulant. Der Fabrikarbeiterverband hat keine Papiere aus anderen Gründen gekauft. Sinkt der Kurs später wieder auf 150, 110 oder wieder auf pari, so liegt für den Nichtspekulanten immer noch kein Verlust vor. Tatsächlich liegt es so, daß wir erklären können: Die „Note der Fabrikarbeiter“ ist Schwachsinn, erfinden zu dem Zweck, die Mitgliedschaft des Fabrikarbeiterverbandes zu entzweien, auseinanderzureißen. Hauptaufgabe der kommunistischen Partei ist immer noch Zerstörung der Arbeiterorganisationen. Augenblicklich steht noch eine andere Absicht im Vordergrund. Die Fabrikarbeiter möchten im Fabrikarbeiterverband zu gern Bungen werden. Sie möchten zu gern die „Aktien“ erben. Schreibt doch die „Note Jagur“ am Schluß ihrer von Geist strotzenden Notiz:

„Die Fabrikarbeiter dürfen sich nicht verwirren lassen. Bei den Wahlen muß diese Gesellschaft, die mit den Beiträgen den Unternehmern Waffen liefert, um die Fabrikarbeiter zu bekämpfen, davon abgesehen werden. Wählt nur revolutionäre Funktionäre!“

Revolutionäre Funktionäre wäre ... Ja, Karren die Mitglieder, die sich solche Leute zu Führern wünschen. Der F.A.D. wünschen wir große Spekulationsverluste im Fabrikarbeiterverband.

## Volksvermögen und Volkseinkommen.

Das Volksvermögen eines Landes läßt sich nicht so leicht schätzen. Genauere Angaben, die mit statistischem Material herbeizuführen lassen sich überhaupt nicht machen. Neben dem Grund und Boden, dem wichtigsten Teil des Volksvermögens, müssen der Hausbesitz, die Industrie, die Verkehrsmittel und Wasser- und Vermögenswerte aller Art bei der Abschätzung berücksichtigt werden. Es ist dies durchaus nicht so leicht, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Man nehme den Hausbesitz, die vielen kleinen und verstreuten Häuser, die in den Städten und Dörfern und Schlösser, die Betriebsgebäude, die Kirchen, die vielen Betriebsgebäude — und man hat eine ungefähre Vorstellung von dem ungeheuren Wert, der in diesem Einkommen steckt. Der Wert an den Viehbestand Deutschlands: 20 Millionen Schweine, 7 Millionen Kühe, 18 Millionen Stiere und 17 Millionen Pferde. An dem Volksvermögen gehören auch der Schiffbau, die Postämter, die Kanäle, die Maschinen in den Fabriken, die Eisenbahnen, die Post und Telegraphie.

Was das alles für einen Wert hat? Darüber gehen die Meinungen sehr auseinander. Vor dem Kriege wurde das deutsche Volksvermögen auf rund 35 Milliarden Mark geschätzt. Es ist dies diejenige Zahl, die in der Vorkriegszeit am gebräuchlichsten war. Andere Schätzungen bezifferten das Volksvermögen höher und niedriger, jedoch bestand Einsigkeit darüber, daß diese Zahl so ungefähr das Richtige trifft. Neue Schätzungen kommen

num unter Berücksichtigung des abgetretenen Gebietes, den Verlust der Kolonien, der Verarmung und Auslandsversicherung sowie sonstiger Momente zu der Auffassung, daß heute das deutsche Volksvermögen mit etwa 250 Milliarden Reichsmark angenommen werden könne. Wenn diese Schätzung richtig wäre, dann hätte sich das deutsche Volksvermögen gegenüber der Vorkriegszeit um 110 Milliarden Reichsmark verringert. Es gibt aber heute, genau wie in der Vorkriegszeit, Schätzungen, die zu wesentlich anderen Ergebnissen kommen. Mehrere solcher Schätzungen beziffern das heutige deutsche Volksvermögen auf rund 200 Milliarden Reichsmark, einige auch auf 180 Milliarden, was einer Verringerung gegenüber vor dem Kriege um die Hälfte entsprechen würde. Nun sind ja im Kriege riesige Vermögenswerte vernichtet worden, nach eingehenden Berechnungen etwa 35 Proz. des europäischen Volksvermögens. Man braucht sich nur daran erinnern, daß ganze Städte und Dörfer in Schutt und Asche verwandelt wurden. Aber es sind zu den alten Werten in der Nachkriegszeit wieder viele neue hinzugekommen, durch Neuschaffung hat sich der Volksreichtum wieder erheblich vermehrt, so daß der Verlust zu einem Teil als ausgeglichen gelten kann.

Der Wertzeuger ist der produktiv tätige Mensch, der Arbeiter, der mit seiner Arbeit Vermögenswerte schafft und den Volksreichtum vermehrt. Durch die Erzeugung von Waren aller Art, Kleidung, Baumaterial, Maschinen, Haushaltungsgegenstände, Brückenbau usw., und durch die Verbesserung der Erzeugnisse und die Verarbeitung von Rohstoffen — kurz jeder Erwerbstätige fügt dauernd Teile zum Volksvermögen. Der Müßiggänger schafft keine Werte, er tut nichts für die Vermehrung des Volksvermögens, er ist nur Schmarober. Daher ist der ganze Reichtum der Welt, der 1000 Milliarden betragen soll, nur Arbeit geschaffen worden.

Ebenso wie das Volksvermögen läßt sich auch die Höhe des Volkseinkommens nur sehr schwer abschätzen. Man versteht unter Volkseinkommen die Summe aller Einkommen der Volkswirtschaft, also Einkommen aus Arbeit, aus Rente, aus Grund- und Unternehmern. Schon hieraus ist ersichtlich, wie schwer es ist, das richtige Volkseinkommen zu ermitteln. Bei der Berechnung müht man sich auf die Einkommenssteuerstatistik, aber es ist bekannt, daß diese Statistiken nicht über alle Einkommen berichten. Beispielsweise entzieht sich das Renten- und Unternehmereinkommen ganz der Erfassung, und die Selbsteinschätzung wird nicht immer nach bestem Wissen und Gewissen gehandhabt. Nichtig macht werden eigentlich nur die Löhne und Gehälter, weil hier durch die Steuerziehung ein einigermaßen klarer Überblick gewonnen wird. Ungefährlich bleiben auch die kleineren Einkommen, die unter dem Existenzminimum liegen und daher steuerfrei sind. Alle diese Momente müssen bei der Berechnung des Volkseinkommens berücksichtigt werden.

Der Unternehmerstatistik Deumer hat ausgerechnet, daß das heutige Volkseinkommen jetzt etwa 70 bis 75 Milliarden Reichsmark im Jahre betrage. Wenn diese Berechnung stimmt, dann wäre das heutige deutsche Volkseinkommen größer als in der Vorkriegszeit. Es betrug im Jahre 1913 rund 44 Milliarden Mark. Wie gesagt, gibt es auch hierüber verschiedene Berechnungen, und es erscheint fraglich, ob das heutige Volkseinkommen in jenem Maße gestiegen ist. Oder das Volkseinkommen war in der Vorkriegszeit viel höher, die Einschätzungen aber blieben hinter dem tatsächlichen Einkommen weitlich

zurück. Im Vergleich zu anderen Ländern sei bemerkt, daß im letzten Vorkriegsjahr das Volkseinkommen der Vereinigten Staaten von Nordamerika auf 138 Milliarden Reichsmark und Englands Volkseinkommen auf 48 Milliarden geschätzt wurde. Heute soll es in England 60 Milliarden betragen.

Nach Deumers Berechnung entfallen etwa 42 bis 45 Milliarden Reichsmark des Gesamteinkommens auf Arbeitslohn. Die Arbeiter im engeren Sinne sollen rund 30 Milliarden Reichsmark an Lohn beziehen. Da etwa 70 Proz. des deutschen Volkes von Lohnarbeit leben, so steht hier nach den Feststellungen eines Unternehmerstatistik fest, daß die restlichen 30 Proz. des deutschen Volkes mehr Einkommen haben als die 70 Proz. Lohnarbeiter. Bei dieser Sachlage braucht man sich nicht zu wundern, wenn die deutsche Wirtschaft aus der Krise nicht herauskommt. Das Einkommen der Lohnarbeiter ist viel zu gering, sie verbrauchen zu wenig, das ist der Schlüssel, den man heraus ziehen muß. Es ergibt sich daraus, daß der Teil des Volkes, der die Vermögenswerte schafft, am wenigsten zum dem Volksreichtum hat. Hier muß der Hebel angelegt und gründlich Wandel geschaffen werden.

## Arbeitsausschuß für gewerkschaftliche Beamtenpolitik.

Ba. Vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und dem freigewerkschaftlichen Bund der öffentlichen Angestellten Verbände ist, nachdem bereits vorher die zuständigen Vertreter beider Organisationen einer engeren Zusammenarbeit zwischen den deutschen und österreichischen Beamtenorganisationen zugestimmt hatten, in einer Konferenz in Salzburg am 23. und 24. November die Einsetzung eines „Österreichisch-deutschen Arbeitsausschusses für gewerkschaftliche Beamtenpolitik“ beschlossen worden. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat nunmehr der Bildung dieses Arbeitsausschusses und dem in Aussicht genommenen Programm seine grundsätzliche Zustimmung erteilt. Aufgabe des Arbeitsausschusses ist es, die Entwicklung der rechtlichen, materiellen und gewerkschaftlichen Verhältnisse der öffentlichen Beamten in Deutschland und Österreich zu bearbeiten. Insbesondere soll sofort die eingehende Sachbearbeitung des Beamtenrechts in Angriff genommen werden. Mit den vorbereitenden Arbeiten sind auf deutscher Seite Reichstagsabgeordneter Fallenberg und Dr. Wölter, auf österreichischer Seite Nationalrat Janitsch und Zentralsekretär Dorer beauftragt worden.

## Neubesetzte Ministerposten.

Mit dem Ableben Dr. Strejmanns wurde der Posten des Außenministers frei. Dieser Umstand führte dazu, daß der Reichstagsler den seitherigen Wirtschaftsminister Dr. Curtius in Vorschlag brachte, dem dann auch das Amt übertragen wurde. An die Stelle von Dr. Curtius trat dann der Volksparteiler Dr. Moldenhauer. An den Weihnachtstagen trat dann der Finanzminister Dr. Hüfner von seiner Stellung zurück, darauf wurde der Finanzminister Dr. Moldenhauer übertragen, und das Wirtschaftsministerium übernahm der Genosse Robert Schmitt. Die Sozialdemokratische Partei hat nun den Reichstagsposten, das Wirtschaftsministerium, das Ministerium des Innern und das Arbeitsministerium besetzt, also vier Männer im Kabinett gegen sieben bürgerliche Vertreter.



# Manteltarifskündigung in der mechanischen Tafelglasindustrie.

Am 1. Januar 1930 wurde der Reichsmanteltarifvertrag der mechanischen Tafelglasindustrie im Einvernehmen mit der Bundesleitung und dem Hauptvorstand zum 31. März 1930 aufgelöst. In einer am 6. Dezember 1929 in Hildesheim stattgefundenen Sitzung für die Beschäftigten in der mechanischen Tafelglasindustrie Deutschlands wurde einmütig von den anwesenden Vertretern aus den Betrieben die Branchenleitung beauftragt, die Kündigung des Vertrages zum erst zulässigen Termin zu bewirken.

Mit der Kündigung sollen nicht das schwer zustande gebrachte Werk des Reichsmanteltarifvertrages für die mechanische Tafelglasindustrie gefährdet und alle Bestimmungen geändert werden, die sich für beide Teile bewährt haben, sondern nur zwei Hauptpunkte im Vertrage führten überhaupt zur Aufkündigung desselben. Die beiden Punkte sind: Zum § 1: Zeitungsbeitrag, die Unterstellung aller Arbeitnehmer, die in der mechanischen Tafelglasindustrie beschäftigt werden, und zum § 4: Arbeitszeit, die Einführung des Dreischichtensystems für die in kontinuierlich arbeitenden Abteilungen der mechanischen Tafelglasindustrie. Die erste Forderung durchzuführen, ist nach unserer Auffassung eine Notwendigkeit für die Tarifparteien geworden. Die fortgesetzten Streitigkeiten in den Betrieben Rheinland-Westfalens können dadurch nur gehoben werden. In allen Betrieben der mechanischen Tafelglasindustrie sind die Arbeitnehmer, gleichviel welche Arbeit sie im Betrieb verrichten, dem Manteltarifvertrag unterstellt, nur in Rheinland und Westfalen nicht. Hier gilt der Vertrag nur für einzelne, im § 1 bezeichnete Arbeitnehmergruppen. Der Arbeitgeberverband stützt leider stark die Stellung der Industriellen von Rheinland-Westfalen, daß für Hilfsarbeiter und Handwerker der Tarifvertrag der Gruppe Nordwest der Metallindustrie zu gelten habe, und man glaubt, müßten Bestimmungen dieses Vertrages zu kollidieren. Wiesagen haben wir jedoch sachliche Gründe sehr wenig für den letzten Zustand. Warum geht es in einem Teil der Betriebe und in dem anderen Teil nicht? In der Mehrheit der Betriebe unterstehen alle Arbeitnehmer dem Vertrag und ist Streit deshalb zwischen den Tarifpartnern bislang vermieden worden, ebenso auch hier in den einzelnen Werken große Verbände der Metall-, Bau- oder anderer Industriezweige im Wirtschaftsleben eine ausgleichende Rolle mitwirkten. Anzuweisen ist und bekannt geworden, daß selbst einige maßgebende Herren der

mechanischen Fensterglasindustrie von Rheinland-Westfalen sich damit abgefunden haben, daß der Vertrag in Zukunft für alle Arbeitnehmer Geltung haben muß. Wir wollen hoffen, daß diese Einsicht nicht etwa nur vorübergehend ist, sondern auch von den Industriellen bei den stattzufindenden Verhandlungen vertreten wird.

Die Forderung der Einführung des Dreischichtensystems ist bekannt seit Bestehen der mechanischen Fensterglasindustrie in Deutschland. Leider konnte bei Schließen des ersten Vertrages dasselbe nicht gleich vereinbart werden, da die Industrie im Hinblick auf das vorliegende Dreischichtensystem in der Tschechoslowakei von den deutschen Behörden vor Einreise in Schanz verlangte, und die Behörden vorübergehend unter Beachtung des § 105c der Gewerbeordnung die Zulassung zum Arbeiten im Dreischichtensystem gaben. Um die internationalen Vereinbarungen sind bekannt. Es ist zu erwarten, daß mit Hilfe des Internationalen Arbeitsamtes in Genèbe das Dreischichtensystem in sämtlichen mechanischen Tafelglasbetrieben der Welt zur Realisierung vorgebracht und anerkannt wird. Von uns sind eingeklagene internationale Wege der mechanischen Fensterglasindustrie Deutschlands, das Dreischichtensystem eingeführt werden; die Umsetzung von zwei Jahren hat genügt, um der Industrie die Möglichkeit des Einarbeitens in technischer wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu geben. Da außerdem einige Betriebe in Deutschland noch im Dreischichtensystem arbeiten, und die Industriellen dieser Betriebe gar nicht daran denken, zum Dreischichtensystem überzugehen, so ist der Beweis erbracht, daß mit dem Dreischichtensystem durchaus konkurrenzfähig gearbeitet werden kann, und im Betriebe über ausreichende Produktionsergebnisse erzielt werden als im Dreischichtensystem. Es ist einer modernen Industrie unwürdig, den Arbeiter pro Woche 56 Stunden und mehr zu beschäftigen, Sonntag für Sonntag 12 Stunden im Betriebe, arbeiten zu lassen. Die Arbeitnehmer hoffen, gerade bei Verhandlung dieser Frage auf eine gütliche Einigung der Arbeitgeber sowie des Verbandes deutscher Tafelglashütten.

Einige kleine Nebenfragen werden bei den kommenden Verhandlungen mit besprochen werden müssen; besondere Schwierigkeiten dürften jedoch bei vernünftigem Willen beider Parteien zur Vereinfachung dieser Angelegenheiten kaum auftauchen.

kurrenz einen Schaden haben muß. Und trotzdem wird uns damit angt und bange gemacht. Zitieren wir weiter:

„Die namentlich in England und Frankreich erkantene Thermometerindustrie vorzeitig heute nicht nur das Ausland mit einfachen und billigen Gegenständen, sondern bezieht im Abgabebiet auch von nach dem Ausland ausgehenden Dampfklappe gegen die deutsche Konkurrenz kommen zu haben, unter dem Schutz prohibitiver Zölle, die bedeuten, daß die Arbeiter eine höhere Löhne (welcher Welt) England nur den höchsten Löhnen von Europa bedeutend niedriger, wie? Vielleicht Fertigungen? D. M. Ziemer und Zettelmeyer zu Hilfe. Schweden, eines ihrer Hauptabnehmer.“

Nun, weiter geht es bald nimmer. Wenn Schweden der Hauptabnehmer dieser Industrie ist, dann ist viel Mühe für diese. Man darf sich nicht verheßen, daß Schweden kein Zollvereinsstaat ist und erst den letzten Teil der deutschen Produktion hat. Wenn es an der vierten Stelle der Hauptabnehmer Deutschlands steht, muß es doch schon keine ganzen Instrumente von hier beziehen. Ist es nun auch noch der Hauptabnehmer Englands und Frankreichs und hat gar eine eigene Industrie? Viel Leute müßten dann in diesen Ländern tätig sein? Im angeführten Artikel steht nämlich von Schweden zu lesen:

„Eine Reihe kleinerer Unternehmungen in den Hauptplätzen des Landes, vor allem in Stockholm, Gottenburg und Sundswall, weiß recht gut den frischen Bedarf in einfacheren Arbeiten zu decken. Nur den weiteren Ausbau der Produktion sieht es aber an geübten Nachfräftern, die von den schwedischen Firmen bisher vergeblich in das Land zu ziehen versucht wurden.“

Nur gemacht. Wie weiter unten bewiesen werden soll, können die schwedischen Firmen, vorausgesetzt, daß sie überhaupt Interesse daran haben, durch Vermittlung Thüringer Unternehmer so viel Nachteile bekommen, wie sie wünschen. Tatsache ist, daß erst 1926 ein Angestellter der Firma Langer in Göttingen durch Vermittlung eines Almenauer Geschäftsmannes in einem Almenauer Betrieb ausgebildet wurde. Uebrigens gab es schon Nacharbeiter in Schweden, wie ja auch in anderen Ländern, als sich in Thüringen die Thermometer- und Glasinstrumentenindustrie entwickelte. In Stockholm wirkte damals ein gewisser Alderman, der Glasinstrumenten- und Thermometer bles und auch schrieb. Auch er hatte sich diese Kunst in Paris erlernt wie der Thüringer Verles, dem Thüringen für seine Thermometerindustrie zu danken hat (nach Löber). (Schluß folgt.)

# Thermometer- und Glasinstrumentenindustrie.

Die Gründung der Thüringer Thermometer- und Glasinstrumentenindustrie fällt nach Löber in die dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Demnach könnte sie also jetzt auf ein hundertjähriges Bestehen zurückzuführen. Als ihr Gründer gilt der Müller und Glasbläser J. H. Greiner aus Stützerbach. Sehr bald erwacht sich diese Industrie. Heute noch gibt es kein Land, das sich mit deren wichtigen Instrumenten selbst versorgen könnte.

Vom Gründungsort Stützerbach breitete sich die Industrie rasch nach den umliegenden Ortsteilen aus, denn da die nötigen Produktionswerkzeuge nicht teuer sind, kann sich jeder Facharbeiter selbstständig machen. Daher geschieht die Herstellung auch hauptsächlich in Zwerghäusern und in der Hausindustrie. In neueren Jahren mit mehr als hundert Arbeitern und Angestellten sind seltene Ausnahmen.

Kleinbetriebe und vor allem der Heimarbeiter können natürlich billiger produzieren, denn ihre Erzeugnisse werden nicht durch ein Verwaltungs- und Kontrollpersonal belastet. In den seltensten Fällen liefern sie aber direkt an den Händler, sondern vor allem die Heimarbeiter müssen sich vom Verleger brutal ausbeuten lassen. Das wirt seinen Schatten auch auf den Fabrikarbeiter, denn dessen Löhne werden dadurch niedrigergehalten.

Deshalb wanderten in früherer Zeit schon Facharbeiter von Thüringen ab, um sich in der Fremde eine bessere Existenz zu gründen. Die schnell aufblühende deutsche Industrie gab ihnen gute Gelegenheit dazu, ja, von Facharbeiter direkt zu sich heran. Heute noch haben viele größere Werke und Hochschulen ihre eigenen Glaswerkstätten. Wichtige Instrumente zu verschaffen und bringende Reparaturen müssen oft direkt im Werke oder in der Werkstatt des benachbarten Ortes angefertigt werden. So finden wir überall im deutschen Lande und sogar jenseits der Grenzen Thermometer- und Glasinstrumentengeschäfte von ehemaligen Thüringer Abwanderern gegründet.

Wie schon erwähnt, haben diese Unternehmen fast durchweg nur einen oder zwei Facharbeiter und beschäftigen sich hauptsächlich mit dem Wiederverkauf Thüringer Erzeugnisse. Damit verdienen sie natürlich viel mehr als mit Selbstanfertigung. Denn die außerhalb Thüringens hergestellten Glasartikel sind natürlich bedeutend teurer, schon wegen der höheren Löhne und der Anfertigung nur einzelner Stücke. Aber trotzdem ist unter den Thüringer Kollegen die Meinung verbreitet, daß die außerhalb Thüringens Unternehmer der Thüringer Thermometer- und Glasinstrumentenindustrie die Preise ruinieren. Immer wieder muß man das Schlagwort hören: Niedriggang der Industrie durch Verschleppung und vor allem nach dem Auslande. Die Thüringer Unternehmer helfen natürlich zur Verbreitung solcherlei Märchen eifrig mit, denn dadurch werden den Arbeitern die wahren Tatsachen verbüllt, und man kann sich ungünstiger seinen Profit sichern.

Mein, der Thüringer Unternehmer selbst ist es, der die Preise so herunterwirtschaftet. Schreiber dieser Zeilen hat jedes Jahr zweimal in Stockholm (Schweden), also im Auslande, Gelegenheit, sich den Schwimbel mit anzusehen, wie Geschäfte gemacht werden. Da es für die Thüringer Kollegen von Wichtigkeit ist, hier die reine Wahrheit zu erfahren, wollen wir einmal schildern, wie sich die Sache abspielt. Eine Thüringer Firma schickt ihren Vertreter, innerhalb von zwei Tagen sind vier Kisten der gleichen Branche, ja, aus dem gleichen Ort, nämlich von Almenau, hier, die alle die gleichen Kunden aufzusuchen. Nun geht der erste los und sucht die Kunden auf, doch bietet er die Waren so billig als möglich an, weil er aus Erfahrung weiß, daß ihm bald die Konkurrenz nachfolgt. Darauf geht der zweite hin, ebenso der dritte und vierte, und der erste natürlich auch wieder. Der letzte gewinnt dann schließlich das Rennen, und die Folgen? Man hat sich bis zu 25 Proz. unterboten. Zu Hause wird dann dem Arbeiter erst, daß wegen der starken Konkurrenz die Preise herabgesetzt werden mußten, daher müsse billiger gearbeitet werden, und vor allem der Hausarbeiter muß als Entlastungsdienst dienen, und Weib und Kind noch mehr antreiben.

Wir wollen nicht verheßen, daß viele reelle Geschäfte gezwungen sind, diese Underwirtschaft mitzumachen. Doch das sind ja die Früchte ihrer eigenen Politik. Die größeren Unternehmen hätten es in der Hand, Abhilfe zu schaffen, wie früher noch bewiesen werden soll. So geht man aber lieber jeder Verantwortung aus dem Wege und klammert sich an ein System, das schon lange der Vergangenheit angehört sollte. Die bürgerliche Gesellschaft weiß nur zu gut, daß der Untergang der freien Konkurrenz auch ihr Untergang ist.

Wie es sich mit der Verschleppung der Industrie nach dem Auslande verhält, beweist uns am besten ein Artikel, der Anfang dieses Jahres in der Zeitschrift „Glas und Apparat“ er-

schien und sich betitelt: „Die Ausfuhr von Glasinstrumenten nach Schweden.“ Auch hier werden wir nicht mit dem alten Lied von der billigen Auslandskonkurrenz verführt, sondern immer und immer wieder bewiesen werden muß, daß die Ausfuhr von Thermometern und Glasinstrumenten nach Schweden von Jahr zu Jahr steigt. Doch hören wir den Verfasser selbst. Zudem er erst bemerkt, daß Schweden, welches 1913 noch die achte Stelle unter den Hauptabnehmern der Thermometerindustrie einnahm, 1926 schon an die vierte Stelle angerückt war, fährt er dann wörtlich fort:

„Zeit dem Jahre 1924 ist die Thermometerausfuhr nach Schweden in den vorerwähnten Betrieben betrugen: 1924 waren es noch 167 Doppelzentner mit einem Wert von 192.000 RM., 1925 betrug 169 Doppelzentner mit 236.000 RM., 1926 210 Doppelzentner mit 306.600 RM. und 1927 215 Doppelzentner mit 288.000 RM.“

Namentlich die Sicherheitsflaschenindustrie vermochte ihren Absatz nach Schweden in diesem Jahre ganz bedeutend zu steigern und im April auf ihr bisheriges Maximum von rund 14.000 Kilogramm zu bringen.

Ihre Ausfuhr von Apparaten und Instrumenten liegt ebenfalls weit über dem Durchschnitt des Vorjahres, und gibt zu nicht unberechtigten Hoffnungen für die nächsten Jahre Anlaß.

Nun, so etwas läßt sich doch hören. Mancher Kollege wird nun ganz richtig folgern, daß es da mit der schwedischen Kon-

## Krise in der belgischen Glasindustrie.

Durch die Ausnützung der vorhandenen Produktionskapazitäten der belgischen Glasindustrie im Jahre 1929 macht sich am Jahresabschluss eine starke Absatzkrise bemerkbar. Nach authentischen Verichten soll die belgische Glasindustrie im Jahre 1929 15 Proz. mehr an Glaswaren produziert haben als in früheren Jahren. Vom gesamten Glasweltmarkt beherrschte das zu Deutschland verhältnismäßig kleine Belgien ungefähr 19 Proz. Deutschland tritt mit einer Abgabequote von 25,6 Proz. 1929 in Erscheinung, die Tschechoslowakei als dritter europäischer Glasproduzent mit 19,6 Proz.

Die Absatzkrise in Belgien bewirkte bereits, daß die Glashütten von Maria Monte mit 500 Beschäftigten bereits am 21. Dezember 1929 vorübergehend geschlossen haben. Das Verkaufsrisiko der belgischen Glashütten berichtet ebenfalls über Absatzschwierigkeiten; man hofft jedoch, über eine Krise hinwegzukommen, indem man in der jetzt stillen Geschäftszeit die notwendigen Reparaturen in den Betrieben vornimmt.

## Preßglas-Verkaufsbüro kommt nicht.

Zeit Monaten bemühen sich die maßgebenden Preßglashütten, zu einem einheitlichen Verkaufsbüro zu kommen. Es wird jetzt gemeldet, daß die monatelangen Bemühungen ergebnislos verliefen sind, da die Glashüttenfabrik Prodwin A. G., einer der Hauptproduzenten in Preßglas, eine Sandbläserfirma abgelehnt hat. Es hat sich deshalb nur eine Verkaufvereinbarung zwischen Preßglashütten, umfassen die Firmen: Sächsische Glashütten A. G., Hildesheim, Rugg, Walther & Söhne, Glashütten, Arnika, und vorm. Gebr. Hoffmann A. G., Verusdavi, gebildet. Die Verkaufvereinbarung plant vor allen Dingen, die im Preise sehr schlecht liegende Stapelware auf eine gesunde Verkaufsbasis zu bringen. Sie hofft dabei, nicht von den Außenbetriebe hüten gestört zu werden.



# Streik der Porzellanarbeiter in Altwasser vor 60 Jahren.

Als im Sommer 1868 Dr. Max Girsch im Waldenburger Industrieerwerb seine Agitation entfachte und an vielen Orten des Reiches Waldenburg die Vergarbeiter in den Gewerkschaften organisierte, hatten die Porzellanarbeiter von Altwasser und Waldenburg die Anfänge der Organisation bereits hinter sich. Die wenigen Anhänger der Lassalleanischen Theorien fanden weder bei den Porzellanarbeitern noch bei den Vergarbeitern Anklang. Sie blieben, wenigstens bei den Vergarbeitern, noch zwei Jahrzehnte lang ein arg verlästertes Gänselein. Den Arbeitern, denen jedoch ein Klassenbewußtsein abging, die für die „Rehnten“ der Unternehmer in Dankbarkeit überflossen, lag die Theorie des Dr. Max Girsch von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ näher als die Lassalleanische Agitation für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zur Erringung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts und Bildung einer selbstständigen Arbeiterpartei. Bereits ein Jahr später, im Sommer 1869, waren nicht nur die Waldenburger, sondern die Porzellanarbeiter ganz Schlesiens in Gewerkschaften zusammengeschlossen. Sie standen unter der Leitung eines Generalrats, der seinen Sitz in Waldenburg hatte, und benutzten zu ihren Publikationen den „Sprechsaal“, das Organ der Porzellan-, Glas-, Thonwaren- und verwandten Arbeiter.

Anfang August 1869 kam es in der Porzellanfabrik des später geordneten Kommernzienrats Fielich in Altwasser bei Waldenburg (jetzt eingemeindet) zu der ersten Arbeitsniederlegung der Porzellandreher. Schon wochenlang vorher waren die Löhne der Dreher fortgesetzt reduziert worden. Trotzdem stand das Dreherpersonal auf dem Standpunkt, dem Prinzipal zur Abwehr der Lohnkürzungen nicht geschloffen gegenüberzutreten, sondern die Dreher versuchten einzeln, die früheren Preise wieder zu bekommen. Mit dieser Politik machten die Dreher natürlich sehr schlechte Erfahrungen, denn der Kommernzienrat Fielich ließ sich auf keine Verhandlungen ein, er nahm vielmehr weitere Lohnkürzungen vor, die schließlich das Maß der Geduld der Dreher zum Überlaufen brachten. Als auf einen neuen Artikel, der zwei Lehrlinge, die damals noch eine Lehrzeit von 6 bis 8 Jahren durchzumachen mußten, in Arbeit gegeben, ein derartig niedriger Preis von der Direktion festgesetzt wurde, daß die Lehrlinge unmöglich dabei bestehen konnten, gegen sie es vor zu kündigen, womit sich die Direktion auch einverstanden erklärte. Obwohl die Lehrlinge erst eine Lehrzeit von 6 und 8 Jahren hinter sich hatten, wurden sie vom Dreherpersonal kurzerhand freigegeben. Damit war jedoch der Kommernzienrat nicht einverstanden; er wachte darauf, daß ihm allein das Recht des Freibruchs zuteile, und er forderte vom Personal, den Freibruch

rückgängig zu machen. Im Falle der Weigerung konnte sich der Personal-Ausschuß und „alles, was drum und dran hängt“, als gekündigt betrachten. Diese Zumutung wies der Ausschuß zurück, er erklärte die Kündigung ein, und sämtliche Dreher und Lehrlinge erklärten sich mit dem Vorgehen des Ausschusses solidarisch.

Diese erste Arbeitsniederlegung in der Fielichschen Porzellanfabrik, die unter der Arbeiterschaft des Industrieerwerbs Ansehen erregte, und von den „Jahresrichtigen“ Diebieren mit Hochausgenommen wurde, wäre sicher nicht zustande gekommen, wenn die Gewerkschaft nicht hinter den Arbeitern gestanden hätte. Die Theorie von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ ging gleich bei der ersten Belastungsprobe in die Brüche. Einen besseren Aufbaumassunterricht für die Arbeiter von der Richtung der sozialistischen Theorie konnte es nicht geben. Es war daher in der Fielichschen Porzellanfabrik bald ein alter Stamm Lassalleaner vorhanden, die in den späteren Arbeitskämpfen und in der politischen Bewegung stets die Führung hatten.

Der Streik dauerte an und wurde auf beiden Seiten mit Hartnäckigkeit geführt. Der Generalrat des Gewerkschafts erregte an, daß die einzelnen Gewerkschaften ihren drei Viertel ihres Vermögens dem Vorstehenden des Mittelständlichen Bezirksvereins, dem Dreher Anton Hilbig in Waldenburg, einzuwenden haben. Der Waldenburger Ortsverein der Porzellanarbeiter bewilligte für die streikenden Kollegen sofort ein Monatslohn. Etwa 60 Streikende verzichteten zugunsten der streikenden Kollegen auf jede Unterstützung. Im „Sprechsaal“ wurde vor Antrag auf Altwasser gewarnt und zur Unterstützung der Streikenden aufgefordert. Das Organ der Porzellanarbeiter Deutschlands veröffentlichte am 20. August 1869 einen offenen Brief des Dr. jur. et phil. Robert Janasch, Dezent der Staatswissenschaft an der Universität zu Basel, an den Kommernzienrat Fielich in Altwasser, der außerordentlich bezeichnend für die damalige Einstellung der Gewerkschaften ist. In dem offenen Brief heißt es u. a.:

„Als wir unseren Gewerkschaft gründeten, geschah dies in der Absicht, den zu ihm gehörenden Mitgliedern eine moralische sowie materielle Hilfe zu gewähren und dieselben gegen fremde Willkür abzusichern. Bis jetzt hatte unsere Vereinigung kein anderes Ziel. Niemand kann uns vorwerfen, daß wir Phantome nachgehagt seien, niemand kann behaupten, daß wir ungerechte Forderungen aufgestellt hätten. Wir haben bei unseren Forderungen nur den Grundlag festgehalten, daß der Arbeiter durch das für seine Arbeit gewährte Äquivalent mit-



der Betrieb geht dann ruhig weiter. Dienstleistungen und die Gefahr von Verdienstmangel sorgen dafür. Es ist deshalb nicht zu verwundern, wenn die hier beschäftigten Arbeiter nach 15- bis 20-jähriger Tätigkeit invalide sind. Wenn es länger dauert, dann handelt es sich um übermäßig kräftige Naturen. Allgemein unterscheiden sich die Krankheits Symptome dieser Arbeiter von denen der Gesteinshauer im Bergbau in keiner Weise. Der Unterschied ist nur darin begründet, daß der Arbeiter im Maltbetriebe nicht als „Berufsranke“ anerkannt und deshalb dem Elend in größerem Maße preisgegeben ist.

Nach dem Zerklüftungsprozeß wird das Rohmaterial vermischt und zubereitet, um dann als „Form-Masse“ in der Formhalle verarbeitet zu werden. Eine solche Formhalle ist nicht etwa nur ein Raum zum Verbräuen, sondern im wahren Sinne ein solcher zur reiblosen Ausbeutung der Arbeitskräfte. Der Raum muß genügend warm sein, denn die feuchten „Formlinge“ müssen möglichst schnell trocknen. Zu dem Zwecke wird die Abhänge der Formhülle unter dem Boden der Formhülle hindurchgeleitet. Man braucht nicht erst zu beweisen, daß die rückständigen Gase dabei auch in den Arbeitsraum dringen. In kleineren Betrieben wird die Formhalle oftmals direkt über dem Brennofen gebaut. Wenn dann nach Abbrennen einer Kammer die (Verschlag-)Glocken abgedeckt werden, strömt die Hitze direkt in den verhältnismäßig niedrigen Arbeitsraum. Es ist nicht selten, daß die Formen bei einer Temperatur von 50 Grad ihre schwere Arbeit verrichten müssen. Und was für eine Arbeit? Alford! Trotz steigender Temperatur sind die Affordstücke verhältnismäßig reibiger. Meister oder sonstige Antreiber in menschlicher Gestalt sind nicht immer erforderlich. Hier die notleidende Familie, das hungrende Kind — da die niedrigen Affordpreise. Das treibt! Die Formen arbeiten nicht mehr — sie schütten! Wie Verzweifelte sieht man sie laufen, ja rennen. In der Hitze — der dicken Staub am Boden wirbelt nur so herum. Fenster werden aufgerissen, weil es in Hitze und Staub bei dauerndem Galopp nicht mehr auszuhalten ist und ... eine neue Gefahr, die Qualust, tritt auf. Lungen- und Nervenkrankheiten sind sie alle nach kurzer Zeit, wenn auch in verschiedenen Graden, bis die Erwerbsunfähigkeit in oftmals wenigen Jahren erreicht ist. Bittere Tatsachen bestimmen die Arbeit, ihr Tempo und die äusseren Verhältnisse, und zwar solange, als sich diese Arbeiter nicht einmütig zur Abwehr aufraffen.

Das Vorstehende ist nur ein Beispiel von vielen. Für heute mag es genügen. Es beweist an sich, wie notwendig die Anerkennung der Eigenart der feuerfesten Industrie entstehender Krankheiten, die unausbleiblich sind und zur Invalidität führen, als „Berufsranke“ im Sinne der RVD, ist. Für die betreffenden Arbeiter aber mag gesagt sein, daß ihre berechtigten Interessen nur durch die Geschlossenheit in der gewerkschaftl. Organisation, dem „Keramischen Bund“, vertreten und verwirklicht werden können.

### Mißlungene Rachelust nationalistischer Werkvereiner.

Am 3. Mai 1928 traten die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firmen Hoffmann & Co. und G. D. Küttner in Bunzlau in Streit, um einen besseren Tarif und höhere Löhne zu erkämpfen. Unsere Kollegen nahmen ihr gesetzliches Recht wahr und stellten Streikposten auf. Das paßte den Firmen und vor allem den Streikbrechern nicht. Eine beantragte einstweilige Verfügung dagegen wurde nicht ausgesprochen. Aber bei der Gelegenheit des Volkenschießens kam es zu kleinen Reibereien, die groß aufgebaut und zu Unklagen gegen unsere Kollegen und Kolleginnen führten. Mitte Dezember 1929 war die Gerichtsverhandlung in Lignitz und was kam dabei heraus? — Ein Bericht in der „Volksstimme“ enthält folgendes:

Vor dem Schöffengericht in Lignitz wurde am 11. Dezember 1929 gegen 20 freigewerkschaftlich organisierte Bunzlauer Arbeiter und drei Frauen verhandelt, die sich öffentlicher Beleidigung, vorfälliger Körperlicher Mißhandlung, Freiheitsberaubung, der Androhung eines Verbrechens und der Verdröhung durch Mötigung während des vorjährigen Streiks bei Hoffmann und Küttner gegenüber nationalen Werkvereiner, die Streikbrecherarbeit leisteten, verhandelt. Eine ungenauer aufgebaute Anklage, die durch jetzt nachgewiesene haltlose Angaben der Strafverfolgung begründet war, führte schließlich dazu, daß das Verfahren eröffnet wurde, nachdem es früher schon einmal vom Staatsanwalt eingestellt worden war. Die Werkvereiner wollten ihre Wut gegen die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter nun einmal gern abreakieren und fielen gänzlich rein dabei.

Siebzig Menschen wurden vor einem vierköpfigen Richterkollegium aufgebaut; 23 Angeklagte, der Rest als Zeugen. Sachen, die vor dem Schiedsmann als höchste Instanz ihre Erledigung hätten finden müssen, festete eine große Justizmaschine in Bewegung, weil ungenauer behauptet wurde, was nachher nicht zu beweisen war. So hatten wenigstens die „Angeklagten“ einen amüsanen Tag und das Vergnügen, einmal mit allerding fröhlichen Gesichtern hinter dicken Eisenstäben auf den Anklagebänken zu sitzen. Vor ihnen marschierten die „nationalen Kameraden“ Mucha und Niemier auf und fielen um. Mucha ging reichlich ins Zeug, revidierte seine Aussagen und mußte schließlich wenig, so daß er sich vom Vorsitzenden lassen mußte: „Quatschen Sie nicht so viel!“ Niemier behauptete dieses und erhielt vom Verteidiger der Angeklagten den Hinweis, daß seine Aussagen unglaubwürdig seien, weil ihm schon einmal der § 51 bei Strafverfolgung zugebilligt worden sei. Das Gericht erkannte halb, was los war, und bewilligte die gewaltige Beweisaufnahme in vier Stunden. Nach einstündiger Beratung (für 22 Fälle, da Blumberg ausschied) wurden folgende Urteile

- Freispruch: Schulz, Fiebig, Frau Scholz, Keller, Lange, Arnold, Gustav Scholz, Neumann, Lachmann, Marie Scholz, Martha Fiebig und Willi Steinbrecher.
  - 10 M Geldstrafe: Reidler, Stedel, Kothmann, Palme, Schmidt, Hampel, Böhm, Lange, Gerhard Scholz.
  - 3 M Geldstrafe: Dunkel.
- Alle Angeklagten wegen vorfälliger Körperlicher Mißhandlung, Freiheitsberaubung, Androhung eines Verbrechens (Totschlags) wurden fallen gelassen. Erkannt ist in allen Fällen auf Beleidigung im Falle Stedel auf vorfällige Mötigung. Die Urteile sollen am schwarzen Brett im Rathaus publiziert werden.
- Mucha und Niemier vermochten keinen Ruhm auf ihre Häupter zu sammeln; sie zogen enttäuscht ab. Sie befragten einen für ihre Erwartungen negativen, aber kuriofen Prozeß, bei dem zum G. L. Gerechtigkeit geübt wurde. Vor 1919 wäre der Prozeß sicher zugunsten der Werkvereiner ausgegangen, die ja feinerzeit noch als staatsberhaltendes Element galten. Es ist immerhin noch unerklärlich, daß das zweite Verfahren noch durchgeführt wurde. Die schwebige Rolle der Werkvereiner erkennt allmählich auch die Justiz.

### Kalkindustrie.

Die Nachrichtenstelle der Kalkindustrie berichtet: Im allgemeinen war die Entwicklung weiter rückläufig, das Geschäft lag ganz still. Das Baugeschäft hatte, wie immer in dieser Jahreszeit, keinen nennenswerten Bedarf mehr. Der Absatz an Kalk fällt aber in diesem Jahre auch noch durch die immer größer werdende Geldknappheit. Auch der Absatz an Düngesalz war der Jahreszeit entsprechend still, und zwar noch ge-

ringer, als man angesichts der milden Witterung hätte annehmen können mit Ausnahme von Hannover. Der Absatz von Kalksalz fiel bei den Eigen- und Stahlwerken infolge Auftragsmangels bei der Schwerindustrie weiter zurück. Der Bedarf der chemischen Industrie war einigermaßen normal, in Süddeutschland infolge günstigen Wasserstandes sogar sehr gut. Stellenweise höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. In Ostdeutschland brachte die bis Anfang Dezember dauernde Kampanie in der Zunderindustrie eine kleine Belebung des Stahlfabrikationsstandes, die aber nur kurze Zeit dauerte. Die allgemeine Wirtschaftslage drückt auf das ganze Geschäft. Die Unternehmungslust auf dem Baumarkt zeigt sich auch für die nächste Saison noch sehr gering, dagegen hat in der Landwirtschaft die nachhaltige Aufklärung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft über die Notwendigkeit starker Düngung vielfach einen günstigen Einfluß gehabt. In der Preisgestaltung ist im allgemeinen keine Veränderung eingetreten, jedoch haben sich in Mitteleuropa Kreisunterbietungen unliebsam bemerkbar gemacht; in Westfalen ist eine nicht unerhebliche Preisermäßigung eingetreten.

### Das schlechte Baujahr 1929.

Für das jetzt abgelaufene Baujahr 1929 — von der zweiten Hälfte November ab ist normalerweise die Bau-tätigkeit zu Ende — ist kennzeichnend das Mißverhältnis zwischen der Zahl der genehmigten Bauten und der tatsächlich fertiggestellten Wohnungen. Wie im „Zimmerer“-Zentralorgan des Zimmererverbandes, hervorzuheben wird, wurden 1929 rund 23 Proz. mehr Bauvorhaben die Genehmigung nachgefordert als 1928. Trotzdem war der Neuzugang an Gebäuden und Wohnungen nach den bisher vorliegenden Ziffern um rund 25 Proz. geringer als im Vorjahr. In den Großstädten war die Bautätigkeit verhältnismäßig reger als in den Mittelstädten, bei den gewerblichen Bauten blieben vor allem die Aufträge der Textilindustrie und des Bergbaus stark gegenüber dem Vorjahr zurück, während die Aufträge der chemischen Industrie durchweg über Vorkriegeshöhe lagen. Der Rückgang der Bautätigkeit führte zugleich zu einem entsprechenden Rückgang im Baustoffabsatz. Der Zementabsatz blieb nach den Angaben des neuen Bieteljahresberichtes des Instituts für Konjunkturforschung um 8 Proz. der Absatz von Kalk um 12 Proz. zurück, während die Ziegelindustrie noch über erhebliche unverkaufte Läger verfügt. Dieser Rückgang der Bautätigkeit wirkte sich in einer erschreckenden Zunahme der Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der bangewerblichen Arbeiterorganisationen aus. In den ersten zehn Monaten d. J. war hier die Arbeitslosigkeit durchschnittlich doppelt so hoch als im Vorjahr. Arbeitslos, im August bereits 12,7 Proz., im September 15 Proz. und im Oktober 20,2 Proz. Dabei lagen in einigen Bezirken, wie vor allem Schlesien, Rheinland-Westfalen, Ostpreußen und Hessen die Verhältnisse noch wesentlich unangünstiger. In Schlesien waren selbst im Juli 22 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Die Ursache dieses schlechten Baujahres war die katastrophale Lage des Kapitalmarktes, der Kredit nur in ungenügendem Maße und zu unerschwinglichen hohen Sätzen zur Verfügung stellen konnte. Gerade hier wird es eine wichtige Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik sein, durch eine entsprechende Kreditpolitik den Baumarkt 1930 zu heben. Vor allem wird man einen größeren Teil der Hauszinssteuer (bisher nur 52 Proz.) dem Wohnungsbau dienbar machen müssen. Die Finanzreform muß insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Beeinflussung der Bautätigkeit geprüft werden.

### Gau 7, Zahlstellenleiterkonferenz.

Die Zahlstellenleiterkonferenz vom Gau Sachsen am 7. und 8. Dezember 1929 in Leipzig, welche zugleich eine Jubiläumstagung infolge des 25-jährigen Bestehens des Gaues 7 war, hatte sich mit folgender Tagesordnung zu beschließen:

1. Konstituierung der Konferenz, Wahl des Büro, der Mandatsprüfungskommission, Festsetzung der Tagesordnung.
2. Geschäftsbericht der Gauleitung. Berichterstatter: Kollege A. Hüppner, Dresden.
3. Besen der amtlichen und der tariflichen Schlichtungsausschüsse. Referent: Kollege K. Barzsch, Hannover.
4. Sonstige Angelegenheiten und Verschickenes.

Vertreten waren sämtliche 31 Zahlstellen mit 105 Delegierten, darunter 2 Vertreter des Hauptvorstandes, 2 Vertreter des Keramischen Bundes, 7 Vertreter des Gauvorstandes und Gaubeitrates.

Kollege Hüppner, Dresden, wies als geschäftsführender Gauleiter unter Begründung der Delegierten darauf hin, daß die diesmalige Zahlstellenleiterkonferenz zugleich mit dem 25-jährigen Bestehen des Gaues 7, Sachsen, zusammenfällt. In einer reichhaltigen, gedruckt vorliegenden Jubiläumsschrift wird sowohl die Entstehungsgeschichte des Gaues, als seine Arbeiten während dieser Zeit, und der diesjährige Geschäftsbericht erläutert. Vor allen Dingen sei bei dieser Tagung mit Dank des verstorbenen 1. Gauleiters Neuring, sowie der Mitarbeiter des Gaues zu gedenken.

Zu dem heutigen Gau 7 gehörten früher die jetzigen Gaue Schlesien und Thüringen, deren Löstrennung 1906 resp. 1911 erfolgte. Seit dem Bestehen des Gaues ist ein stetiges Wachsen der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Den Rückschlägen der Kriegszeit folgte ein Aufstieg in der Revolutionszeit mit 102 000 Mitgliedern. Dem Rückgang der Inflation folgt seitdem wieder ein ständiger Aufstieg, so daß heute eine Mitgliederzahl von 67 000 zu verzeichnen ist und Sachsen den stärksten Gau im Reich bildet.

Nachdem sich das Büro konstituiert hat und die Mandatsprüfungskommission gewählt wurde, gibt der Kollege Hüppner, Dresden, im weiteren Verlauf den Geschäftsbericht des letzten Jahres. Einen breiten Rahmen nehmen auch im vorigen Geschäftsjahre die Neuregelung der Lohn- und teils Mantelverträge ein. Birta 22 Verträge wurden von uns und 15 von Unternehmerseite gekündigt. In allen, außer einem Fall, sind die Verträge mit Verbesserungen abgeschlossen worden, in 23 Fällen auf dem Wege der Verhandlungen und in den übrigen Fällen durch die Schlichtungsorgane. Kämpfe in größerem Ausmaß wurden nicht geführt, da die Voraussetzungen hierzu nicht gegeben waren. Der Charakter der sächsischen Industrie als Ausfuhrindustrie, sowie der überaus starke Stand von Handel und Gewerbe in Sachsen wirkte sich leider auch in einer größeren Zahl von Stilllegungsanträgen über den Reichsdurchschnitt aus. Die sächsischen Löhne bilden, mit Ausnahmen, fast heute die Spitzendöhne der gesamten Industrie unseres Verbandsgebietes. Um eine Stärkung in der Organisation zu erreichen, wurde vor allen Dingen am schwächsten Punkte angeknüpft, und zwar bei den Frauen. Eine Frauenkonferenz mit anschließender Werkwoche war der Auftakt zu dieser Arbeit. Im Verfolg der Entschließung des Verbandstages wurde weiter beschlossen, in Sachsen eine Frauenagitationskommission zu bilden, die bereits ihre Konstituierung erfahren hat. Auch bei den Betriebsrätewahlen ist eine erfreuliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Von den gewählten Betriebsräten im Gau gehören 23 Proz. unserer Organisation an. Der finanzielle Stand der Volkspartei ist als günstig zu bezeichnen. Schuldenzahlstellen sind nicht mehr vorhanden. Eine weniger günstige Entwicklung erfuhr die Schaffung von Jugendgruppen infolge der Erschwerung der Jugendarbeit unter den ungelerten Arbeitern. Die meisten Zahlstellen haben ihre Jugend der Jugendgruppen der Ortsstelle angeschlossen.

Kollege Grzech gab anschließend den Bericht über die Gauarbeit und über die Beitragsleistung im Gau 7. Letzteres kann als durchaus befriedigend angesehen werden. Im Hinblick auf diesen Bericht kritisierte Kollege Griesbach die Tarifbewegung in den chemischen und Textilbetrieben, in der insbesondere die Industrie und die Einführung des Bedienungssystems in einzelnen Betrieben.

Am der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Schumann, Leipzig, Henschel, Eöbeln, Herina, Bangen, Selbmann, Glaucha, Gräfe, Dresden, Waager, Dresden, Siegmund, Chemnitz.

Die Diskussion bewegte sich in den Grenzen des Geschäftsbereichs und der allgemeinen Verbandslage.

Kollege Barzsch, Hannover, schilderte den Charakter und Zweck des Bedienungssystems an Hand gemachter Erfahrungen und unsere Einstellung zu demselben.

Kollege Thiemig, Hannover, ging besonders auf die Organisationsarbeit unter den Frauen ein. Er kritisierte, daß die Frauen zur Organisationsarbeit zu wenig herangezogen werden und dieser Frage nicht die Bedeutung zugewiesen wird, die den weiblichen Mitgliedern unserer Organisation zahlenmäßig zukommt. Bezeichnung auf Verbands- und Wirtschaftsschulen und Arbeiterinnenausschüssen, um die Mitarbeit zu bestärken.

Der 2. Sitzungstag brachte ein außerordentlich instruktives Referat des Kollegen Barzsch, Hannover, über das Weiten der amtlichen und tariflichen Schlichtungsinstanzen. Die Streitfrage über das Schlichtungswesen und vor allem der durch staatliche Macht ermöglichten Bindung erlassener Schlichtungsentscheidungen vor allem Klarlegung der soziologischen Bedeutung des Schlichtungswesens an sich. Der Referent ging vor allem auf die wirtschaftspolitischen Probleme ein und setzte hierzu in Parallele die Verpflichtung des Staates, durch seine Gesetzgebung die wirtschaftlich Schwächeren zu schützen und einen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen. In diesen Kampf zwischen Kapital und Arbeit sei das Schlichtungswesen eingegliedert. Der oft betonte Kompromisscharakter sei auf allen Gebieten der Wirtschaft zu finden. Bei Streitfragen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und deren Erledigung durch die Schlichtungsinstanzen, ob sachlich oder staatlich, viele natürlich die wirtschaftliche Tragbarkeit gleichfalls eine Rolle mit.

Die im letzten Jahre künstlich erzeugte Atmosphäre der Depression sei natürlich auch nicht ohne Auswirkung auf den Abschluß von Verträgen geblieben. Uns scheint die Wirtschaft genügend leistungsfähig, um eine Steigerung des Volkseinkommens tragbar werden zu lassen, indem die Steigerung der Löhne zugleich auch einen dynamischen Antriebe der Wirtschaft bedeute. Diese Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit können nicht immer dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden. Aufgabe des Staates oder der von den Parteien selbst geschaffenen Schlichtungsinstanzen sei es, wenn in freien Verhandlungen keine Verständigung herbeigeführt wird, diese Dinge zu regeln. Abwegig sei der Standpunkt, daß die Mehrzahl der Verträge durch Schlichtungsinstanzen zustande komme. Wenn die Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter Einfluß auf die Arbeitsverträge und Arbeitsverfassung gewonnen habe, so ergibt sich hieraus auch die Stellungnahme der Arbeiter zum Staat an sich und umgekehrt. Gewerkschaften müssen positiv zum Staat eingestellt sein, ohne daß damit gesagt sein solle, daß Schlichtungsentscheidungen eine Unterwerfung unter das Diktat des Staates bedeuten.

Eine Aussprache über dieses ausgezeichnete Referat erfolgte nicht. Die Konferenz bestätigte aber, daß sie mit dem Referenten einer Auffassung ist.

Kollege Hüppner berichtete noch über eine Anzahl Streitfälle im Gaugebiet, die eine Störung des Organisationslebens zur Grundlage hatten. So vor allem die Befehung der Leitung in der Zahlstelle Waldheim und die Beschickung des kommunikativen Gewerkschaftskongresses.

Die Kollegen Schaar, Rabenberg, Ludwig, Waldheim, Byrhuz, Rabenberg, und Rofe, Benig, berichteten in diesem Sinne aus ihren Zahlstellen.

Kollege Thiemig, Hannover, behandelte besonders die Fragen des Kollegen Byrhuz, ob Ausschüsse von Delegierten zu diesem Kongress berechtigt seien. Seine Ausführungen gehen dahin, daß in den Gewerkschaften die Kritik nicht entbehrt werden kann, sie müsse aber als Grundlage die Stärkung der Organisation haben. Die Kritik müsse in den Grenzen der Tragbarkeit bleiben und dürfe nicht verhandlungsbeschädigend wirken. Hier müsse geachtet werden, daß die Duldsamkeit des Hauptvorstandes groß gewesen sei, daß aber das Maß in einer Reihe von Fällen, so in der Frage Waldheim und auch in der Beschickung des kommunikativen Gewerkschaftskongresses mit Kollegen unserer Organisation, überschritten sei. Es kann in den Gewerkschaften nicht abgewieft werden, und Ausschüsse derjenigen, die gegen die Satzungen der Gewerkschaften verstößen, sind gerechtfertigt.

Zur Wahl des Tagungsortes für die nächste Konferenz wird beschlossen, dieselbe in Riesa abzuhalten.

Mit dem Schlußwort des Kollegen Hüppner, daß die Konferenz in sachlicher und einmütiger Beratung die ihr aufgegebenen Aufgaben erledigt hat, schloß die Konferenz mit einem „Gott“ auf die Organisation. Richard Waager, Schriftführer.

### Braunschweig.

Die ausgeschriebene Stelle einer Kraft ist besetzt. Allen Werbepersonen besten Dank. M. Reinowski.

### Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zahlstelle Widau Albert Gräfer, Mitgliedsnummer 970 605. Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14, Ziffer 3d des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Selb (Obern.): Franz Wohlmann-Katterer, Mittgl.-Nr. 970 167. Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14, Ziffer 3 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Hamburg: Frida Naake, Mittgl.-Nr. 905 774; Fritz Schulz, Mittgl.-Nr. 928 572; August Ströbllein, Mittgl.-Nr. 905 225.

### Arbeitsmarkt.

(Tariate unter Schiffe werden nicht aufgenommen.) Porzellanfabrik sucht tüchtigen, an selbständiges Arbeiten gewöhnten Lithographen und ebenbürtigen Steindrucker. Societe Belge de Porcelaine, S. N. Lambert, Avenue des Acacias 11/30. Tüchtiger Glasmacher auf angetriebenen und ausgeschalteten Sachen in Blei- und Nickeranglas, sucht Stellung. Angebote sind zu richten an Rudolf Unger, Petersdorf im Niederelbgebirge, Nr. 167. Eine größere Anzahl Hilfsarbeiter, Gehilfen, Stülbmacher, Arbeiter, Formenschieber, Einträger u. m. d. h. bisher in Bernsdorf beschäftigt waren, suchen Arbeit. Antritt kann sofort erfolgen. Gesl. Angebote an Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Barmen, Nordstr. 1. Lebiger Porzellanmaler, 22 Jahre, der in allen Arbeiten der Malerei eingearbeitet und in der Feinporzellanerei gut bewandert ist, sucht baldige Stellung. Angebete erwidert an die Redaktion des „Keramischen Bundes“ unter N. 130. Ein tüchtiger Kristallglasbläser, ledig, 26 Jahre alt, sucht Stellung in einer Kristallglasbläserei. Verleihe wäre auch nicht abgemagt, vorübergehend als Gehilfe tätig zu sein, wenn Stelle in Aussicht ist. Angebot unter „D 130“ an die Expedition dieses Blattes.

# UNTERHALTUNG WISSEN

## Um das Kind.

Von Friedrich Carl Kellermann.

(Nachdruck verboten.)

(16. Fortsetzung.)

„Was willst du? Was wolltest du? Ich habe den Schritt getan. Der sogenannte Kindesraub ist bekannt. Die Zeitungen sind voll davon. Du wirst Farbe bekennen müssen vor aller Welt. Ich weiß, daß ich das Kind nicht werde behalten dürfen, daß ich Strafe zu erwarten habe. Daß meine Laufbahn zerstört wird. Ich weiß das alles. Aber ich bleibe dabei. Die Welt soll es später, wenn es nötig, immer wieder von neuem erfahren. Ich werde Mittel und Wege finden, ihm es kundzutun, wer sein Vater ist. Darauf kannst du dich verlassen, so wahr ich Karl Eid heiße!“

Sie schrie auf:

„Du vernichtest mich!“

„Du willst es.“

„So töte mich auf der Stelle. Wasögerst du noch?“

„Du bist überreizt.“

„Ich kann nicht mehr — ich kann nicht mehr!“

Zaumelnd griff sie nach einem Halm und stürzte nieder.

XXVIII.

Hella wollte heimreisen, doch sie wagte es nicht. Ihr bangte vor den forschenden Mienen, vor den Fragen, die sie nicht beantworten konnte und wollte, sie fürchtete schon das polizeiliche Verhör. Sie hätte sich am liebsten verstecken, verkriechen, in Dunkel und Vergessen flüchten mögen und war gleichzeitig von einer unstillbaren Angst, einer verzehrenden Sehnsucht nach dem Kinde erfüllt, die sie nicht meistern konnte. Was sollte sie tun?

Sie erwartete von Sid keine Schonung mehr. Dieser Mann, furchbar in seinem Starrsinn und Born, erschien ihr wie eine rächende Macht, die an ihrem einstigen Glück, ihrer Liebe und Schwachheit Vergeltung übte. Sie glaubt ihn zu hassen, doch sie fürchtete, ja sie liebte ihn in seiner gewaltigen Kraft, dem Grimm seiner großen, fürchtlosen Seele. Sie hatte sich von ihm befreit geglaubt, nun lebte ein bisher ungelanntes, stärkeres Gefühl in ihr auf, aus Schen und Bewunderung gemischt, vor seinem unterirdischen Mannestum. Sie empfand es demütig: er war ihr Herr.

Was konnte sie unternehmen gegen diesen Unabhängigen, Freien? Er würde triumphieren in jedem Falle, er war der Sieger in jedem Sinne. Sie mußte sich unterwerfen, sie lag am Boden, all ihr Stolz war dahin. Ohnmächtig wütete sie gegen sich selbst.

Und wiederum kamen Stimmungen, unter denen sie sich zu allem fähig, entschlossen glaubte. Mehr als einmal war sie auf dem Wege, Anzeige zu erstatten, bis das alte, lähmende Zittern sie umkehren hieß. Was bewirkte, was erreichte sie damit? Seine Festnahme, den Skandal, den Prozeß... Auch wenn er schwiig, nichts über ihre Beziehungen verriet — sie wußte, daß er es tat — wußte die Welt sofort in allem Weisheit und sie war gerichtet. Ein vergeblicher, ein ungleicher Kampf: sie verlor, auch wenn sie gewann.

Also war ihr der Preis zu teuer, zu hoch der Einsatz, das Äquivalent zu schwer? Sie erschrak. Wie feige, wie selbstlich, wie klein dieses Bögen. Hundert so eine Mutter im Kampf um ihr Kind?

Sie mußte alles, ihr letztes hingeben, um es wiederzufinden, das arme, unschuldige Kleine.

Sie wand sich in Verzweiflung und Qual, dem Wahnsinn nahe.

Und sie machte sich auf den Weg.

Wohin hatten sie ihre Schritte geführt? War sie zu einer Traumbewohnerin geworden? Sie erwachte erst, als sie wieder vor Sid stand.

Sie vermochte kein Wort zu sagen. Aufschluchzend warf sie sich ihm zu Füßen.

Er schien bestarrt, gerührt, hob sie liebevoll auf.

Schon das war ihr selber Trost.

„Ne mit mir, was du willst“, stammelte sie unter Tränen, „nur gib mir das Kind.“

„Du dauerst mich“, antwortete er leise.

„Ich bringe dich“, sagte sie wieder, „ich will tun, was du willst.“

„Befehl mir, ich gehorche.“ Nur mach ein Ende mit meiner Qual. „Gib mir das Kind!“

„Befehlen — gehorchen? Nein, Hella. Alles muß freiwillig sein zwischen uns.“

„Ich kann nicht leben ohne das Kind.“

„Auch ich kann es nicht, Hella. Darum bitte auch ich dich: Gib mir mein Kind.“

„Du hast es doch?“ fragte sie mit einem angstvollen Anblick.

„Er nicht.“

„Ich nahm es — aber du gabst es mir nicht. Ich übte Gewalt, doch das soll nicht sein. Freiwillig mußt du es bringen, in meine Arme legen.“

Sie blieb wortlos. Ihre Augen trafen sich. Häßliche Liebe krümmte hinüber von einem zum anderen.

„Du einer jähren Bewegung warf sie sich an seine Brust.“

„Es ist dein.“

„Auch dein.“

„Es ist unser.“

Sie weinten und lachten, sie jubelten und küßten sich in Freude und Glück. Sie hatten sich endlich wiedergefunden.

Und plötzlich überkam sie eine drängende Eile zu ihrem Stuhl. Ja, Frau wußten sie sich gemeinsam auf dem Weg. Es war eine weite Reise. Und sie fanden ihr Kind schlafend, wiegen küßen wöhlig atmend und traumend. Sie wagten nicht es zu wecken, fanden schwiegend, in seligem Anschauen.

XXIX.

Es erregte nicht geringe Verwunderung in G., als von Hella die Nachricht eintraf, daß Hans-Floris gestorben, sie aber nicht gekennnt sei. In die früheren Verhältnisse zurück. Ihren Lebensweg nahm eine andere Richtung zu einem neuen Ziel. Sie werde später ausführlicher darüber mitteilen und sage jetzt nur das Nötigste, um den ergo in Verwirrung geratenen anderen Umständen wieder zu der gewohnten Ordnung zu verhilfen.

Alles las den an sie gerichteten Brief gemeinsam mit ihren Eltern, die aus die alarmierenden Nachrichten von dem Kindes-tode als Bremen herbeigeeilt waren und nun mit fieberhafter Erregung die schnell erwartete Besichtigung von dem Wiederauftreten des Kindes vernahmen. Doch ihr Verwundern und Staunen wuchs, je weiter sie lasen, und der Schluß verriet sie in grausamer Weise. Der längst nicht mehr gewordene alte Gend-gerichtsarzt erklärte, ein pervertetes Schreiben als dies in seinem letzten Leben nicht zu einem Besondere zu haben.

Es bestätigte sich eine leidenschaftliche Erörterung der Dinge unter den dreien, die zu völliger Ueberzeugung ihrer Ansicht darüber führte, daß Hella eine Verlorene sei, die man

endgültig aufgeben müsse. Jetzt ergab sich für Mine Gelegenheit, aus ihrem reichen Erfahrungsschatz zu berichten, Dinge zur Sprache zu bringen, über die sie bisher des lieben Friedens halber geschwiegen hatte. Sie mußte sich bewegen, besonders von der alten Frau von S. die heftigsten Vorwürfe gefallen lassen, daß die Eltern solange in dem Unkenntnis über jene Vorgänge geblieben waren, die sonst längst zu einem schlüssigen Urteil über diese „Verworfenen“ und zu einem jähren Bruch mit ihr geführt haben würden. Die Klage um das tragische Geschick des Sohnes klang in Verwünschungen aus über die freche Urheberin seines vorzeitigen Todes.

Doch der Vater ließ es dabei nicht bewenden. Der alte Jurist spürte bald die Angriffspunkte auf, wo er mit Aussicht auf Erfolg einbiegen, rücksichtslos vorgehen konnte. Vor allem mußte der Pflicht- und Ehrvergessenen das aus gleichmäßiger Ehe entstammte Kind genommen werden, Hans-Floris, der letzte Träger des alten Namens von S. Hier war die Rechtslage unzweifelhaft für die Befugnis seines Anspruchs, zumal er als bestallter Vormund des Kindes mit besonderen Rechtstiteln ausgestattet war.

Er setzte das alles in einem ausführlichen Schriftsatz auseinander, den er unverzüglich an Hella abhandelte, untröstlich nur darüber, daß er es seinerzeit nicht verhindert hätte, Hella die eigentliche Vormundschaft zu erteilen.

Um so mehr verdrossen war er über die Antwort, die er von Hella bald darauf erhielt. Sie eröffnete ihm unzweideutig und klar die Geschichte ihrer Ehe, dieser sogenannten ehelichen Gemeinschaft ohne Inanspruchnahme der Prerogative von Seiten des Mannes, dies und anderes, worüber sie seine schriftlichen Aufzeichnungen und Geständnisse besaß. Es war von Beginn an Vertrag verübt worden an ihr — wolle man einen Prozeß, sie würde ihn nicht scheuen.

Diese heißen Dinge waren freilich zu überlegen, nichts fürchtete die von schweren Schicksalen heimgesuchte Familie von S. mehr als den öffentlichen Skandal. So steckte man den Namen des Vorhabens enger, beschränkte sich auf das Erreichbare und beanspruchte zunächst nur die Mitwirkung an der Erziehung des Kindes. Da eine solche erst für spätere Zeit in Betracht stand, widersprach Hella nicht ausdrücklich, und es kam eine Einigung zum Abschluß, mehr ein stillschweigendes Einverständnis als — wie der alte Richter gewünscht hatte — ein klar fixierter Vertrag.

Der Haushalt in G. wurde aufgelöst, die materielle Auseinandersetzung mit Hella, dank ihrem weitgehenden Entgegenkommen, rasch beendet, alles in möglicher Stille erledigt. Es gab dennoch genug des Klüsters und Raunens in dem kleinen Ort, wo der Fall von S. so lange Zeit das interessanteste Tagesgespräch der Gesellschaft bildete.

Hella atmete auf. Sie war froh, den Fesseln entronnen zu sein, in die sie sich, stumpf und lässig, immer tiefer verstrickt hatte. Ihr alter, freier, stolzer Mut lehrte zurück, sie fand ihre gläubige Lebensüberzeugung, den inneren Frieden wieder. Erst jetzt, im erneuten Zulammenleben mit Karl Eid, wurde ihr klar, in welcher Lüge ihr Sein befangen gewesen, wie tief sie in Unwahrheit und Unrechtheit hineingeraten war. Sie erstarkte an seiner Seite zu einem neuen, schöneren Menschentum, ging, unbetroffen von Klatsch und Verleumdungen, an seiner Hand ihren tapferen Weg. Ihr alter Trug kam wieder, und ihr altes helles Lachen über Philisterei und „Unverstand“. Sie trat ihre Verachtung der Meinung anderer, der Verdengemung, offen zur Schau, die niedrigen Verunglimpfungen ehemaliger Standesgenossen erreichten sie nicht. Sie baute ihr Leben von Grund auf neu, unbekümmert um Mißbilligung und Kritikelei der Menge. (Schluß folgt.)

## Was muß die Frau von der Organisation ihres Mannes wissen?

(Eine beachtliche Unterhaltung dreier Frauen.)

Gewiß ist längst nicht jede Ehefrau davon überzeugt, daß die gewerkschaftliche Organisation ihres Mannes eine zwingende Notwendigkeit ist. Die freien Gewerkschaften führen den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in der richtigen Erkenntnis, daß nur durch Kampf und Entschlossenheit der Arbeiterkraft die profitierenden Unternehmer sich herbeilassen, den Wünschen und Forderungen der Arbeiternehmer dem Kräfteverhältnis entsprechend Rechnung zu tragen. Immer ist sich der Arbeiter selbst der Aufgabe bewußt. Über allein kann er nichts erreichen, da ist er nur Spielball in den Händen der Unternehmer, wohingegen er als Organisierter stolz und selbstbewußt auch Rechte für sich in Anspruch nehmen kann, die die Organisation geschaffen hat.

In dem gewerkschaftlichen Kampf ist es nicht gleichgültig, wie sich die Frau verhält. Sehr oft kommt es überhaupt auf das Verhalten der Frau an, selbst die Frage der Organisation des Mannes hängt oft von der Einstellung der Frau ab. Folgende Unterhaltung der Frauen eines Arbeiterhauses macht uns dies deutlich.

Frau Richter: Sagen Sie mal, Frau Schulze, ist Ihr Mann denn auch im Verband?

Frau Schulze: Mein Mann? Nicht daß ich wüßte! Was soll der auch da drin? Die paar Groschen reichen so kaum fürs Leben!

Frau N.: Ja, ich wollte auch zuerst nicht, daß mein Mann sich organisiert, dann hat er sich doch entschlossen, und jetzt bin ich die Dumme, da ich alle Wochen den Beitrag zahlen muß!

Frau S.: Das ist es ja eben mit dem Verband, sonst hätte ich schließlich nichts gegen den Verband.

Frau N.: Na, aber Sie mit Ihrem einen Kind könnten es doch noch eher bezahlen als ich. Wir haben drei Jungen und noch eine alte Mutter mit zu ernähren, das ist nicht gerade leicht heutzutage. Da hat man schon seine Last.

Frau S.: Ich spare das Geld lieber zu Hause, da habe ich mehr davon!

Geben kommt Frau Wolf die Treppe herauf. Sie wohnt im dritten Stock. Ihr Mann ist Arbeitsunfall, und sie arbeitet in der Fabrik, weil die Unterstützung nicht einmal zum Allernotwendigsten ausreicht.

Frau Wolf: Guten Tag! Nun, wie geht's?

Frau N.: 's könnte besser sein! Die niedrigen Löhne der Männer und die teuren Preise, das sind unsere Sorgen. Wenn es doch bloß mal besser werden wollte in der Welt!

Frau S.: Ja, freilich, das ist schon so. Aber deshalb dürfen Sie den Mut nicht sinken lassen. Die Haushaltsangelegenheiten sind sicher groß genug für eine Hausfrau, ich kann aber trotzdem nur immer sagen, daß sich auch die Hausfrauen um ihre gewerkschaftlichen Pflichten kümmern müssen, wenn es besser werden soll.

Frau N.: Sie meinen wohl den Verband? Mal sehen, ob es jetzt halb besser wird. Mein Mann ist auch Mitglied im Fabrikarbeiter-Verband geworden. Ich habe mir auch vorgenommen, regelmäßig den Beitrag zu zahlen, wenn der Kassierer kommt.

Frau S.: Das ist fein, Frau Richter. Jetzt betrachte ich Sie auch als Kampfgenossin, und glauben Sie nur, wenn Herr Schulze und noch viele andere auch der Organisation beitreten würden, dann wird es halb besser werden für die Arbeiterschaft.

Frau S.: Ich dulde es nicht, daß mein Mann für den Verband... Erst sollen sich mal alle die anderen organisieren, und übrigens, was nicht denn der Verband?

Frau N.: Aber, Frau Schulze, so ubernünftig reden Sie? Selbst Sie denn nicht, wie die Kapitalisten sich so eng zusammen in ihren Organisationen, nur um stark und mächtig zu sein?

Frau S.: So, die können sich schon erlauben, stark und mächtig zu sein, die haben auch das Geld dazu!

Frau N.: Gewiß, aber Geld allein macht es auch nicht, Sie Sozibakarität! Bei den Arbeitern kann überhaupt erst die nötige Stärke und der Einfluß auf die wirtschaftliche Verhältnisse erreicht werden durch strenge Solidarität. Und in diesem Ringen dürfen die Frauen nicht hinderlich im Wege stehen.

Frau S.: Wie Sie das so daherkommen können, Frau Wolf! Man möchte fast alles davon glauben, aber ich kann nun mal keine Vorteile des Verbandes sehen. Und deshalb will ich mich auch durch solche Worte nicht belehren lassen.

Frau N.: Wissen Sie, Frau Schulze, da muß ich Ihnen denn doch einige Vorteile des Verbandes aufzählen, denn Sie scheinen gar nicht zu wissen, daß Sie selbst schon jahrelang die Vorteile der Organisation mitgenossen. Hätte die Organisation durch ihre erfolgreiche Lohnpolitik nicht die Löhne von Jahr zu Jahr steigern können, dann würde Ihr Haushaltsgeld viel geringer sein. Ebenfalls die verkürzte Arbeitszeit, der bezahlte Arbeitsurlaub, das Einsparrecht gegen Entlassung und noch vieles mehr sind erst auf Grund jahrelanger Kämpfe und Forderungen der Gewerkschaften geschaffen worden. Und das soll alles nichts sein?

Frau S.: Freilich, das ist ja alles sehr schön, aber es ist doch nicht leicht, alle Wochen das Geld für den Beitrag hinauszumerfen!

Frau W.: Sagen Sie nicht hinauszumerfen! Davon kann überhaupt keine Rede sein! Durch die tatkräftige Fürsorge des Verbandes für seine Mitglieder erhalten Sie in Zeiten der Not in Form von Unterstützungen Ihren Beitrag mit Zinseszinsen zurückerstattet.

Frau N.: Das hat mein Mann mir auch erzählt, als ich nichts vom Verband wußte-wollte!

Frau S.: Ach, mein Mann ist gesund und kräftig, feste Arbeit hat er auch. Krankheit und Arbeitslosigkeit werden uns so leicht nicht treffen.

Frau W.: Das hat schon mancher gesagt. Auf einmal war das Unglück da und damit auch Not und Entbehrung. Wer ist heute vor Unfall und frühzeitiger Invalidität sicher? Schauen Sie doch meinen Mann an, der war auch mal gesund und kräftig. Schauen Sie diesen Herrn Berger an, der ist 45 Jahre alt, und wie lange ist er schon arbeitslos! Kann das Ihrem Mann nicht auch passieren? Durch Anschaffung neuer Maschinen in den Betrieben oder Betriebsumorganisation oder gar Betriebsstilllegung werden Hunderte von gesunden, kräftigen Arbeitern auf die Straße geworfen, und Sie meinen, Ihr Mann könnte niemals dabei sein?

Frau S.: Daran habe ich bisher wenig gedacht. Neulich erzählt mir ja auch mein Mann von Entlassungen im Betrieb. Außerdem wäre er auch bald in den Triebriemen gekommen.

Frau W.: Erhen Sie, Sie mit solchen Waghelkheiten müssen Sie rechnen. Und ist es da kein großer Vorteil, wenn Ihnen in solchen Zeiten neben der üblichen Unterstützung noch die Hilfe des Verbandes sicher ist?

Frau N.: Bei meinem Mann im Betrieb sollen auch Entlassungen stattfinden, schließlich kommt mein Mann auch mit an die Reihe. Zahlt denn der Verband da Arbeitslosenunterstützung?

Frau W.: Aber natürlich zahlt der Verband seinen arbeitslosen Mitgliedern eine Unterstützung. Alle Arbeiterfrauen sollten überhaupt wissen, daß der Verband schon jahrelang diese Unterstützung zahlt. Der Staat hat sich früher dieser Verpflichtung ganz entzogen. Er ließ die Arbeiterschaft im bittersten Elend. Erst seit der Revolution konnten wichtige Forderungen der Gewerkschaften zur Tatfache werden, u. a. auch die staatliche Arbeitslosenversicherung, die nun schon so manchem Arbeiter und vielen Arbeiterinnen zum Vorteil wurde.

Frau S.: Wissen Sie, Frau Wolf, ich werde mir es doch noch mal überlegen mit dem Verband. Um falschen Eide will ich auch nicht gerade sparen. Wenn das alles so ist, wie Sie sagen, dann ist ja der Verband ebenjagut wie eine Sparskasse für den Arbeiter!

Frau N.: Wie mit mein Mann sagte, zahlt der Verband auch Invalidenunterstützung. Stimmt das, Frau Wolf?

Frau W.: Ja, dieser Verband wurde auf dem letzten Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes in Hamburg erachtet und trat am 1. Januar 1930 in Kraft. So mancher invalide Arbeiter und manche Arbeiterin wird durch den Rückhalt vom Verband sorgloser leben können. Mein Mann bekommt ja dann auch Invalidenunterstützung, denn er ist schon viele Jahre treuer Gewerkschafter.

Frau S.: Da sind Sie nur froh, Frau Wolf, denn dann brauchen Sie sich nicht mehr so zu quälen mit der Arbeit.

Frau W.: Ja, was wollte ich denn aber machen, wenn kein Verband wäre? Wenn der Verband nicht alle die Vorteile geschaffen hätte? Denken Sie, wieviel schwerer es schon manchmal gewesen wäre im Leben.

Frau S.: Ja, ja! Man hats nicht leicht!

Frau W.: Frau Schulze, denken Sie einmal daran, daß Ihnen und Ihrer Familie auf irgend eine Weise, s. B. bei langem Streit oder Ausperrung oder Konkurs, Krise usw. schließlich mal dasselbe Schicksal treffen kann und wer hilft dann, wenn kein Verband hinter Ihnen steht?

Frau S.: Na ja, ist ja schon gut, jetzt kann ich sowieso nicht länger abseits stehen. Ich will heute abend mit meinem Mann sprechen, damit er sich auch organisiert. Und schließlich sind wir das ja auch unierer. 's schuldig, das es einmal besser haben soll im Leben als wir.

Frau N.: Na, das meine ich aber auch. Lassen Sie sich und Ihren Mann aber auch mal Aufklärung geben über die wichtigsten Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften stehen nämlich ständig im Kampf um Besserung der Lebenslage der Arbeiterschaft.

Frau N.: Was Sie sagen ist aber sehr wertvoll, Frau Wolf. Vieles habe ich noch nicht gewußt, ich glaube, jetzt kann ich sogar meinen Mann noch über Gewerkschaftsfragen aufklären.

Frau W.: Wissen Sie, Frau Richter und Frau Schulze, das heute ist, Sie gehen mit in die nächste Mitgliederversammlung, da sind die Frauen immer mit eingeladen, dort können Sie sich viel mehr hören und lernen. Und jetzt habe ich keine Zeit mehr, Sie wissen doch, daß ich nun erst meinen Haushalt besorgen muß, weil ich den ganzen Tag auf Arbeit sein muß. Auf Wiedersehen! W. B.